Begrenzte Herrschaft

Die Durchsetzung der Diktatur in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung 1946–1948

VON THOMAS WIDERA

1. Einleitung

Deutschland wurde am Ende des Zweiten Weltkrieges von den alliierten Truppen besetzt und gemäß der Absprache ihrer Regierungen in Besatzungszonen aufgeteilt, in denen die jeweiligen Militärverwaltungen die Macht ausübten. Insofern stand jegliche politische Gestaltung im gesamten Besatzungsgebiet unter Vorbehalt der Alliierten. Zwar vereinbarten die Siegermächte in Potsdam einvernehmlich, *dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, sich darauf vorzubereiten, später sein Leben auf demokratischer und friedlicher Grundlage neu aufzubauen*,[1] doch folgte dieser Absichtserklärung bekanntlich keine einheitliche Besatzungspolitik. Welche Konstellationen und Kräfteverhältnisse prägten die Entwicklung im sowjetischen Besatzungsgebiet?

Um in dem von ihr besetzten deutschen Territorium eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung" aufzubauen, bediente sich die Rote Armee deutscher Gegner des Nationalsozialismus, unter denen sie die Kommunisten bevorzugte. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) zielte auf eine durch die Transformation des Gesellschaftssystems bewirkte Überwindung des Nationalsozialismus.[2] Zu diesem Zweck genehmigte sie in ihrer Besatzungszone bereits am 10. Juni 1945 die Zulassung von Parteien. Dieser Schritt überraschte alle bis auf die Kommunisten,[3] sie traten bereits einen Tag später in

---

[1] Mitteilung über die Berliner Konferenz der Drei Mächte in Potsdam vom 2. 8. 1945 (Auszüge), S. 204, zitiert nach Rolf-Dieter MÜLLER, Gerd R. UEBERSCHÄR, Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt a.M. 1994, S. 202–211.

[2] Referat Hermann Materns vor den Arbeitern des Gaswerkes Dresden-Reick, 17. 10. 1945 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [künftig BArch-SAPMO], NY 4076-51, Bl. 32f.).

[3] Vgl. zu den langfristigen kommunistischen Vorbereitungen im Moskauer Exil umfassend „Nach Hitler kommen wir". Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, hrsg. von Peter ERLER, Horst LAUDE, Manfred WILKE, Berlin 1994; ferner Gerhard WETTIG, Neue Aufschlüsse über Moskauer Planungen für die politisch-gesellschaftliche Ordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1995, S. 151–172.

Berlin mit ihrem vorbereiteten Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit.[4] Es folgten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich Demokratische Union (CDU) und Liberal-Demokratische Partei (LDP).[5] Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) vertrat offiziell keine sozialistische Programmatik, ihre Politik beabsichtigte jedoch umfangreiche Eingriffe in die Eigentumsstruktur der Wirtschaft. Zu diesem Zweck mußte sie sich die Unterstützung der zu großen Teilen sozialdemokratischen Arbeiterschaft sichern.[6]

Die neuere Forschung beschrieb bisher die Auswirkungen der Politik von sowjetischer Besatzungsmacht und deutschen Kommunisten sowie die Interaktionen der verschiedenen politischen Kräfte weitgehend aus der Perspektive der Machtzentren der Makroebene, auf Zonenebene oder der Ebene der Länderverwaltungen, und sie stimmt im wesentlichen in ihrer Beurteilung des antidemokratischen und antipluralistischen Wesens der sowjetischen Besatzungsmacht überein.[7] Hingegen fehlen fast völlig Untersuchungen der Mikroebene, ob-

---

[4] Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, 11. Juni 1945, zitiert nach: Ausgewählte Dokumente zur Deutschen Geschichte. Politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen der sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, hrsg. von Armin FRIEDRICH, Thomas FRIEDRICH, Berlin 1992, S. 8–16.

[5] Aus Gründen der Einheitlichkeit werden diese Namen für die jeweilige Partei benutzt, auch wenn die LDP in den frühen Akten bereits mitunter LDPD abgekürzt wird. Durchgehend wurde die Bezeichnung Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) erst seit ihrem vierten Parteitag 1951 gebraucht. Die in Berlin mit gesamtdeutschem Anspruch unter dem Parteinamen Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDUD) gegründete Partei firmierte in den lokalen Akten ebenfalls unter beiden Namen. In der Studie agieren in der Regel Protagonisten des sächsischen Landesverbandes oder des Kreisverbandes Dresden der Partei, die sich als relativ autonom gegenüber der zentralen Führung betrachteten, somit ist die Verwendung der Bezeichnung CDU angemessen.

[6] Referat Hermann Materns vor den Arbeitern des Gaswerkes Dresden-Reick, 17. 10. 1945 (BArch-SAPMO, NY 4076-51, Bl. 42f.).

[7] Manfred AGETHEN, Der Widerstand der demokratischen Kräfte in der CDU gegen den Gleichschaltungsdruck von sowjetischer Besatzungsmacht und SED, 1945–1952, in: Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945–1952, hrsg. von Alexander FISCHER, Manfred AGETHEN, Sankt Augustin 1994, S. 21–44; Helmut ALTRICHTER, Ein- oder mehrdeutig? Ziele und Konzeptionen sowjetischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), hrsg. von Hartmut MEHRINGER, Michael SCHWARTZ, Hermann WENTKER, München 1998, S. 47–69; Kurt ARLT, Die militärische und ökonomische Entwaffnung in Sachsen 1945 bis 1948, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 52 (1993), S. 371–409; Klaus BENDER, Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt a.M. 1992; Bernard BODE, Liberal-Demokraten und die „deutsche Frage". Zum politischen Wandel einer Partei in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1961, Frankfurt a.M. 1997; Marcel BOLDORF, Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945–1953. Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut, Stuttgart 1998; Beatrix BOUVIER, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996; Stefan CREUZBERGER, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der

wohl das politische Leben unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zuerst in Städten und Landgemeinden begann.[8] Diese konnten aus mehreren Gründen ihr politisches Gewicht auch nach Errichtung der SMAD am 9. Juni 1945 und der Bildung der Landesverwaltungen Anfang Juli 1945 beibehalten: Die Wiederherstellung der kommunalen Verwaltungshoheit war Teil des alliierten Programms für Deutschland, das administrative Gewaltmonopol lokaler und regionaler Militärkommandanten begünstigte die Schaffung kleiner Verwaltungseinheiten, zudem standen die Zerstörungen von Verkehrs- und Kommunikationswegen einer effektiven Zentralisierung von Zuständigkeiten im Wege. Dresden kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, weil hier unbeeinflußt von den Besatzungsrechten der westlichen Alliierten sehr rasch politische Strukturen aufge-

---

SBZ, Weimar, Köln, Wien 1996; Stefan CREUZBERGER, „Klassenkampf in Sachsen". Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 119–130; Stefan DONTH, Die Gründung der SED in Sachsen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 3 (1996), S. 103–131; Jan FOITZIK, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999; Winfrid HALDER, „Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden." Aspekte der Vorgeschichte des Volksentscheides zur „Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher" in Sachsen im Juni 1946, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1999), S. 589–612; Harold HURWITZ, Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949, Opladen 1997; Rainer KARLSCH, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993; Rainer KARLSCH, Rekonstruktion und Strukturwandel in der sächsischen Industrie von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert, hrsg. von Werner BRAMKE, Ulrich HEß, Leipzig 1998, S. 89–132; Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), hrsg. von Michael LEMKE, Köln 1999; Andreas MALYCHA, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn-München-Wien-Zürich 2000; Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, hrsg. von Andreas MALYCHA, Bonn 1996; Norman M. NAIMARK, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949, Berlin 1997; Michael RICHTER, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990; Michael RICHTER, Mike SCHMEITZNER, „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden." Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit dem sächsischen Innenminister Kurt Fischer 1947. Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, Dresden 1998; Klaus SCHROEDER, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, 1. Auflage, München 1998; Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, hrsg. von Clemens VOLLNHALS, München 1991; Hermann WEBER, Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16–17 (1996), S. 3–11; Gerhard WETTIG, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999; Manfred WILDE, Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg, München 1998; Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, hrsg. von Manfred WILKE, Berlin 1998.

[8] Vgl. Christopher BECKMANN, Zweierlei Gleichschaltung. Die Durchsetzung des Machtanspruchs von NSDAP und SED auf kommunaler Ebene, in: Diktaturvergleich als Herausforderung. Theorie und Praxis, hrsg. von Günther HEYDEMANN, Eckhard JESSE, Berlin 1998, S. 259–282.

baut werden konnten, die wenig später auf die zentrale Ebene übertragen wurden.[9] Die Frage nach den Ursachen des raschen Gelingens der gesellschaftspolitischen Transformation in der SBZ/DDR und nach Alternativen ist auf der lokalen Ebene erst ansatzweise beantwortet. Wie realisierten sowjetische und deutsche Kommunisten die „Durchsetzung der Diktatur" in Konkurrenz zu den politischen Vorstellungen der anderen Parteien? War die oft beschriebene „antifaschistisch-demokratische Umwälzung"[10] in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) demokratisch, war sie antifaschistisch? Welche politischen Inhalte füllten die Begriffe Demokratie, Antifaschismus und Umwälzung? Wie konnte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ihre Politik der „verdeckten" Transformation des Gesellschaftssystems beginnen und auch teilweise umsetzen trotz der Rücksichten, die sie auf ihre politischen „Partner" in LDP und CDU, auf die sowjetische Besatzungsmacht und nicht zuletzt auf deren westliche Alliierte nehmen mußte? Wie gelang schließlich die Zentralisierung der Macht?

Die Sowjetunion hatte gemäß der gemeinsamen Festlegung der Alliierten auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 die „endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten"[11] zum offiziellen Ziel ihrer Politik in Deutschland erklärt. Das kommunistische Demokratieverständnis und die Praxis der Demokratie unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungsherrschaft sind das Thema der vorliegenden Skizze. Denn die CDU und die LDP, die für eine parlamentarische Form der Demokratie einstanden, hatten in den Wahlen zur Dresdner Stadtverordnetenversammlung im Herbst 1946 gemeinsam die SED knapp übertroffen.[12] Wie beeinflußte dieser Umstand die weitere Entwicklung, schlug er sich überhaupt auf die Ausgestaltung des politischen Systems nieder? Oder, um es mit den späteren Worten eines Protagonisten der lokalen Politik zu sagen, wie wurde in Dresden *trotz bürgerlicher Mehrheit eine geschickte Tätigkeit zur Lösung aller fortschrittlichen Probleme entwickelt*?[13]

---

[9] Vgl. Helga A. WELSH, Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), München 1989, S. 21–31.

[10] Vgl. Stefan DOERNBERG, Die Geburt eines Neuen Deutschland 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959.

[11] Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen, 10. Juni 1945. Zitiert nach FRIEDRICH/FRIEDRICH (wie Anm. 4), S. 6f.

[12] Günter BRAUN, Wahlen und Abstimmungen. Der Volksentscheid in Sachsen am 30 Juni 1946. in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin BROSZAT, Hermann WEBER, 2. unveränderte Auflage, München 1993, S. 381–432, S. 417.

[13] Schreiben von Otto Schön an Walter Weidauer, 4. 12. 1967 (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden [künftig SächsHStA Dresden], SED-BPA Dresden V/2.052-62, nicht paginiert).

Aus dem Blickwinkel der lokalen Ereignisse werden zuerst der Versuch zur Demokratiegründung und anschließend die Phase einer bedingten Kooperation der Parteien in der Stadtverordnetenversammlung beschrieben, bis schließlich das offene Aufbrechen der Gegensätze zur Beseitigung der demokratischen Gestaltungsansätze führte. Die im wesentlichen auf Akten des Stadtarchivs Dresden beruhende Skizze fokussiert den parlamentarischen Prozeß und kann daher wichtige Teilbereiche wie Verwaltung, Wirtschaft und Entnazifizierung lediglich andeuten. Aus dem Grund wird auch nur kurz auf die Gründung der Parteien und die Verbindung des städtischen Parlaments zu Stadtrat und Stadtverwaltung eingegangen. Diese Probleme müssen vorerst zurückgestellt und später einer ausführlichen Analyse unterzogen werden.[14]

2. In Trümmern. Politischer Anfang 1945

Wie gestaltete sich nun der politische Neuanfang in Dresden nach dem Endes des Krieges? Am 7. und 8. Mai 1945 besetzte die Rote Armee eine zu weiten Teilen zerstörte Stadt. Zeitgleich trafen Hermann Matern,[15] Kurt Fischer[16] und Heinrich Greif[17] von der „Gruppe Ackermann" sowie Helmut Welz[18] vom Nationalkomitee Freies Deutschland und Elsa Fenske[19] in der Stadt ein mit dem Auftrag, eine deutsche Selbstverwaltung einzurichten. In Abstimmung mit den Frontstäben der Roten Armee suchten sie entsprechend den in Moskau ausgearbeiteten Richtlinien der Exil-Führung der KPD[20] nach geeigneten Personen. Sie fanden in dem ortsan-

---

[14] Hier werden erste Ergebnisse eines am Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden laufenden Forschungsprojektes unter dem Titel „Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft. Die Durchsetzung der Diktatur in Dresden 1945–1949" vorgestellt. Die Originalzitate wurden dabei gelegentlich in Orthographie und Grammatik vereinheitlicht und einer modernen Schreibweise angepaßt.

[15] Hermann Matern, 1893–1971, SPD, seit 1919 KPD, verschiedene politische Funktionen, 1933 illegale Arbeit, Haft bis 1934, anschließend Emigration, seit 1941 UdSSR, 1945/46 Vorsitzender BL KPD Sachsen, 1945 ZK der KPD, anschließend Zentralsekretariat/Politbüro SED bis 1971, 1948–1971 Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission SED.

[16] Kurt Fischer, 1900–1950, seit 1919 KPD, 1921 UdSSR, Mitglied KPdSU(B), Studium Militärakademie Frunse, Geheimdiensttätigkeit, 1934 in Wien verhaftet, 9 Monate Haft, 1939–1941 sowjetische Militärbehörde, 1945/46 1. Vizepräsident LV Sachsen, anschließend Innenminister Sachsen, Landesvorstand SED Sachsen, 1948/49 Präsident Deutsche Verwaltung des Innern, 1949/50 Generalinspekteur VP.

[17] Heinrich Greif, 1907–1946, Schauspieler, Schriftsteller, 1933 Emigration nach Paris, KPD, seit 1934 UdSSR, 1945 im Mai/Juni Stadtrat für Kultur und Volksbildung in Dresden, anschließend Deutsches Theater Berlin.

[18] Helmut Welz, 1911–1979, Chemiker, Berufsoffizier, Pioniermajor der Wehrmacht, Gefangenschaft und Antifa-Schüler UdSSR, 1945 Stadtrat Kommunale Betriebe in Dresden. 1949–1953 VP-Inspekteur, Ausscheiden auf eigenen Wunsch, Werkdirektor.

[19] Elsa Fenske, 1899–1946, Buchhalterin, illegale Tätigkeit, seit 1938 in Haft, 1945 KPD/SED, Stadträtin Soziale Fürsorge in Dresden, Ende 1946 Tod bei einem Autounfall.

[20] „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet" vom 5. April 1945, in: Erler/Laude/Wilke (wie Anm. 3), S. 380 ff.

sässigen Juristen und Verwaltungsfachmann Dr. Rudolf Friedrichs[21], einem Mitglied der ehemaligen SPD, einen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters. Kurt Fischer übernahm als dessen Stellvertreter das Innenressort, Hermann Matern das Personalamt und die Allgemeine Verwaltung. Diese Konstellation zeigt deutlich: Die zurückgekehrten Emigranten mußten den Eindruck vermeiden, als wollten sie die Macht okkupieren, aber sie beabsichtigten, „alles in die Hand zu nehmen".[22] Denn zwischen den beiden Kommunisten Fischer und Matern einerseits und der sowjetischen Besatzungsmacht andererseits würde jeder einheimische Politiker sehr geringen Handlungsspielraum haben. Den Juristen Dr. Rudolf Pollack[23] schlugen sie für das Dezernat Handwerk, Industrie und Handel vor, den Arzt Dr. Eduard Grube[24] für das Gesundheitsdezernat. Die beiden parteilosen bisherigen Ratsmitglieder Dr. Karl Albrecht[25] und Dr. Gerhard Meißner[26] sollten das Versorgungs- und das Finanzwesen leiten. Pollack und Grube waren ebenfalls Kommunisten, die mit den drei weiteren designierten Ratsmitgliedern Elsa Fenske (Sozialamt), Heinrich Greif (Bildungswesen) und Helmut Welz (Kommunale Betriebe) nun die Mehrheit der Positionen einnahmen. Der sowjetische Stadtkommandant Oberst Gorochow bestätigte den neuen Dresdner Oberbürgermeister und die Stadträte am 12. Mai 1945.[27]

Parallel zum Aufbau der staatlichen Ordnungsgewalt waren in Dresden wie in anderen Orten des besetzten Landes „antifaschistische Ausschüsse" entstanden, häufig dominiert von Personen mit einem kommunistischen oder sozial-

---

[21] Dr. Rudolf Friedrichs, 1892–1947, Jurist, 1922 SPD, 1927 Stadtrat Dresden, Regierungsrat Innenministerium Sachsen, 1933 entlassen, 1945 SPD/SED, 1945–1947 Präsident LV Sachsen.

[22] Vgl. Wolfgang LEONHARD, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 440.

[23] Dr. Rudolf Pollack, geb. 21. 2. 1891, Rechtsanwalt. Vor 1933 keine Partei, nach der unter ökonomischem Druck seitens der Nationalsozialisten erfolgten Aufgabe seiner Anwaltspraxis 1938 Inhaber eines Gartenbaubetriebes. 1945 KPD, Stadtrat in Dresden seit Mai 1945, Ministerialrat LRS seit August 1946, Leiter der Außenstelle Dresden des Ministeriums für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung bis Juli 1947.

[24] Dr. Eduard Grube, geb. 3. 9. 1896, bis 1933 Stadtarzt in Freital, anschließend frei praktizierend in Dresden. 1919/20 KPD, 1931–1933 SPD, 1945 KPD, Stadtrat in Dresden, 1946–1948 Ministerialdirektor Landesregierung Sachsen, 1948–1952 Landesberatungsarzt der Landesversicherungsanstalt, 1952–1960 Kreisarzt und Leiter der Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen beim Rat der Stadt Dresden, 1960 Ärztlicher Direktor an der Medizinischen Akademie „Carl Gustav Carus".

[25] Dr. Karl Albrecht, geb. 27. 4. 1888, Jurist, seit 1913 in der Dresdner Stadtverwaltung, 1945 Dezernent Abt. II (Versorgungswesen, Ernährung, Wirtschaft, Transport, Verkehr), im September 1945 verhaftet.

[26] Dr. Gerhard Meißner, geb. 28. 1. 1894, Rechtsanwalt. Stadtkämmerer und 2. Bürgermeister bis Ende Juni 1945.

[27] Kampfgefährten-Weggenossen. „Erinnerungen deutscher und sowjetischer Genossen an die ersten Jahre der antifaschistisch demokratischen Umwälzung in Dresden", hrsg. von Helfried WEHNER in Zusammenarbeit mit Anatoli B. WAKS, Berlin (Ost) 1974, S. 28 ff.

demokratischen Hintergrund. Teilweise traten sie mit dem Anspruch auf, Kernzellen neuer staatlicher Organisation zu sein.[28] Sie waren dies aber keinesfalls. Aus den von ihnen beanspruchten Positionen wurden sie rasch wieder verdrängt, allenfalls bei freiwilliger Unterwerfung unter „die Kontrolle zuverlässiger Politemigranten der KPD in die örtlichen Selbstverwaltungsorgane integriert".[29] In den seltensten Fällen wurden ihnen Schlüsselfunktionen zugestanden. Dennoch stellten sie auch in Dresden ein „wichtiges Reservoir von Kadern für die antifaschistisch-demokratischen Verwaltungen" dar.[30]

Über die Brauchbarkeit der sich als „Antifaschisten" bezeichnenden Personen entschieden letztendlich sowjetische Militärverwaltungsorgane, die generell diese Gruppierungen genau beobachten und analysieren ließen. Dabei gelangten sie zu der Ansicht, daß die „antifaschistischen Ausschüsse" zwar „äußerlich einen antifaschistischen Charakter" trügen, doch in Wirklichkeit mit „provokatorischem Ziel" gegründete Vereinigungen „profaschistischer Elemente" seien. In den Augen der sowjetischen Beobachter waren diese Gruppen „ein eigenartiges Zeugnis von politischer Opposition gegen den Faschismus und der Zunahme politischer Aktivität unter der Bevölkerung".[31] Offensichtlich irritierte die eigenständige pol tische Aktivität die Besatzungsmacht. Sie befürchtete den Verlust der Kontrolle und sah in der Gründung von Parteien eine Möglichkeit der Einbindung jener autonomen Kräfte.[32]

In ihrem zentralen Aufruf am 11. Juni 1945 stellte sich die KPD als erste Partei der deutschen Öffentlichkeit vor. Damit beabsichtigte sie, zum entscheidenden Integrationsfaktor des neu- bzw. wiederentstehenden Parteiensystems auf deutschem Boden zu werden und allen anti-nationalsozialistischen Kräften eine gemeinsame Basis zu bieten mit dem Ziel, sie alle ihrem Führungsanspruch zu unterwerfen. Sie rief zur Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik auf und erteilte Bestrebungen, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen", eine Absage. Das sei unter den augenblicklichen Bedingungen der falsche Weg. Die Kommunisten propagierten ein „antifaschistisches und demokratisches Regime", eine „parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und

---

[28] Vgl. Karl-Heinz GRÄFE, Helfried WEHNER, Zur Politik der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen. Die Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen Besatzungsorganen und der Landesverwaltung Sachsens 1945 bis 1947, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23 (1975), S. 897-907, S. 220.

[29] Stefan CREUZBERGER, Die Liquidierung antifaschistischer Organisationen in Berlin. Ein sowjetisches Dokument, in: Deutschland-Archiv 26 (1993), S. 1266–1278, S. 1268.

[30] Günter BENSER, Antifa-Ausschüsse – Staatsorgane – Parteiorganisation. Überlegungen zu Ausmaß, Rolle und Grenzen der antifaschistischen Bewegungen am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtwissenschaft 26 (1978), S. 785–802, S. 793.

[31] Informationsbericht vom 27. Juli 1945 an die VII. Verwaltung der GlavPURKKA. Zitiert nach: CREUZBERGER, Liquidierung antifaschistischer Organisationen (wie Anm. 29), S. 1278.

[32] NAIMARK (wie Anm. 7), S. 305.

Freiheiten für das Volk".[33] Nicht allein in diesem Aufruf, mit dem sie alle anderen politischen Kräfte überraschte, zeigte sich der organisatorische Vorsprung der KPD. Sie hatte in der Dresdner Stadtverwaltung die wichtigsten Positionen mit eigenen Leuten besetzt, ehe andere Parteien überhaupt daran denken konnten, sich zu organisieren. Als schließlich SPD, LDP und CDU von der Stadtkommandantur zugelassen waren, sahen sie sich einer dominanten politischen Kraft gegenüber.

In Dresden trafen sich frühere Angehörige der SPD erstmalig nach Veröffentlichung des Befehls Nr. 2 der SMAD in der Privatwohnung des Oberbürgermeisters Rudolf Friedrichs zu einer Vorbesprechung über die Wiedergründung ihrer Partei.[34] Bereits die Tatsache der bloßen Anwesenheit des kommunistischen Spitzenfunktionärs Matern bei diesem Treffen verweist auf den Einfluß, den die Kommunisten auf die Gründung der SPD nahmen.[35] Am 26. Juni 1945 konstituierte sich in der Dresdner Tonhalle die SPD für das Land Sachsen zwar mit einem eigenen Gründungsaufruf, doch sah sie sich von vornherein in einen „Einheits-Ausschuß" mit den Kommunisten gezwungen.[36] Nachdem die sächsische SPD das Zusammengehen akzeptiert hatte und daraufhin Anfang Juli von der SMA in Dresden offiziell zugelassen worden war, wählte der Landesvorstand am 9. Juli 1945 Otto Buchwitz[37] zum Vorsitzenden. Arno Haufe,[38] der Vorsitzende des Bezirksverbandes Dresden, und Arno Wend,[39] der Sekretär des Unterbezirks Groß-Dres-

---

[33] Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, 11. Juni 1945, zitiert nach: FRIEDRICH/FRIEDRICH, Dokumente (wie Anm. 4), S. 8–16.

[34] Otto BUCHWITZ, Nur die Arbeiterklasse besaß die Kraft, in: Beginn eines neuen Lebens. Eine Auswahl von Erinnerungen an den Beginn des Neuaufbaus in Dresden im Mai 1945, hrsg. vom Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, Dresden 1960 (= Beiträge zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, H. 7), S. 17–33; MALYCHA, Auf dem Weg zur SED (wie Anm. 7), S. XLIIIf.

[35] RICHTER/SCHMEITZNER (wie Anm. 7), S. 52 ff.

[36] Vgl. Werner MÜLLER, Die Gründung der SED. Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17 (1996), S. 12–21, S. 14.

[37] Otto Buchwitz, 1879–1964, Metallarbeiter, seit 1898 SPD, 1907–1914 Gewerkschaftsangestellter. 1919–1933 Sekretär des Bezirks Niederschlesien der SPD, 1924–1933 Reichstagsabgeordneter, 1933 Emigration nach Dänemark, 1940 verhaftet und an Deutschland ausgeliefert. 1945/46 Landesvorsitzender der SPD Sachsen, 1946–1948 Landesvorsitzender der SED Sachsen, 1947–1952 Abgeordneter und Präsident des Landtages Sachsen. Seit 1946 Parteivorstand/ZK der SED, verschiedene politische Funktionen, Abgeordneter und Alterspräsident der Volkskammer.

[38] Arno Haufe, 1884–1962, Mitglied der SPD seit 1906, verschiedene Funktionen, Teilnahme an der Revolution 1918/19 in Sachsen, 1923 Regierungsrat bei der Kreishauptmannschaft Dresden. 1933 Illegalität, mehrfache Verhaftung. 1945 Mitbegründer der SPD und stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen, 1946 Landessekretär der SED, Verlust aller Ämter im September 1947. Verhaftung 1948, 1950 Verurteilung zu 25 Jahren Gulag durch ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT), 1956 vorzeitige Entlassung in die Bundesrepublik Deutschland.

[39] Arno Wend, 1906–1980, seit 1925 Mitglied der SPD, Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Ostsachsen und 1932/33 Stadtverordneter in Dresden, 1933 Illegalität, mehrfache Verhaftung, 1940–1945 Wehrmacht. Im Juli 1945 Rückkehr nach Dresden, Mit-

den, erwiesen sich bald als dessen exponierte Gegenpole. Aber die jeweiligen Landesvorsitzenden von SPD und KPD, Otto Buchwitz und Hermann Matern, standen von Anbeginn für eine enge Zusammenarbeit[40] und blockierten eigenständige Bestrebungen.[41]

Unter völlig anderen Vorzeichen wurden LDP und CDU gegründet. Sie waren im Gegensatz zu SPD und KPD Neugründungen aus dem breiten Spektrum ehemaliger demokratischer und liberaler Parteien der Weimarer Republik. Der Mitbegründer der Dresdner CDU Hugo Hickmann[42] war wie Johannes Dieckmann,[43] der die LDP mitbegründete, lange Jahre Mitglied in der DVP (Deutsche Volkspartei) gewesen. Der Dresdner Rechtsanwalt und erste sächsische Landesvorsitzende der LDP Hermann Kastner[44] hatte seine politische Laufbahn in der DDP (Deutsche Demokratische Partei) begonnen. Am 8. Juli 1945 fand die erste Versammlung ehemaliger Anhänger des Zentrums statt, aus der ein Ausschuß

---

glied des SPD-Landesvorstandes. 1946 Mitglied des SED-Landesvorstandes, Leiter der Personalpolitischen Abteilung des SED-Landessekretariats – von dieser Funktion wurde er bereits Ende September 1946 entbunden, Stadtverordneter in Dresden. Im November 1947 Ausschluß aus der SED, Hospitant der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Verhaftung im Juli 1948. 1950 Verurteilung zu 25 Jahren Gulag durch ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT), Ende 1955 vorzeitige Entlassung, Flucht in die Bundesrepublik Deutschland.

[40] Vgl. BUCHWITZ (wie Anm. 34), S. 33.

[41] Vgl. generell die Schwierigkeiten der sächsischen SPD bei ihrer Bemühung, Autonomie gegenüber den Einflüssen der KPD zu wahren: MALYCHA, Auf dem Weg zur SED (wie Anm. 7), S. XLIII–LIII und XCVII ff.; sowie das Interview mit Arno Wend in „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren". Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung, hrsg. von Beatrix W. BOUVIER, Horst-Peter SCHULZ, Bonn 1991, S. 227–250.

[42] Hugo Hickmann, 1877–1955, Theologe, ab 1908 Professor für Religionswissenschaft an der Universität Leipzig, seit 1919 DVP, seit 1922 Abgeordneter des Sächsischen Landtags. 1933 Versetzung in den Ruhestand, Berufsverbot. Seit 1945 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen, seit 1946 Vizepräsident des Sächsischen Landtags, verschiedene Ämter im Vorstand der CDU der SBZ, seit 1949 Vizepräsident der Provisorischen Volkskammer der DDR. Ende Januar 1950 von der SED erzwungene Niederlegung aller öffentlichen Ämter, Parteiausschluß.

[43] Johannes Dieckmann, 1893–1969, Studium der Nationalökonomie und Philologie, 1918 DVP, 1919–1933 Redakteur und Parteisekretär regionaler Organisationen, 1929–1933 Abgeordneter des Sächsischen Landtags. 1933 Geschäftsführer kohlewirtschaftlicher Verbände in Sachsen. 1945 Mitglied des Landesvorstandes Sachsen, 1946 des Zentralvorstandes der LDP, 1946–1952 Vorsitzender der LDP-Fraktion und Mitglied des Präsidiums des Sächsischen Landtags, ab 1949 Präsident der Provisorischen Volkskammer und der Volkskammer der DDR, weitere Partei- und Staatsämter, hohe Auszeichnungen.

[44] Hermann Kastner, 1886–1957, seit 1918 DDP, 1919 Rechtsanwalt in Dresden, 1922–1933 Abgeordneter des Sächsischen Landtags. Zwischen 1933 und 1945 mehrmals inhaftiert, Verbindung zum Widerstand um Rainer Fetscher. 1945–1947 Landesvorsitzender LDP Sachsen, Funktionen im Zentralvorstand der LDP, 1946–1950 Abgeordneter des Sächsischen Landtags, 1946–1948 Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident Sachsen, 1948–1950 verschiedene Funktionen in DWK und Regierung der DDR, 1949/50 Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer und der Volkskammer der DDR. 1950 Parteiausschluß, 1951 Rehabilitierung und Wiederaufnahme, 1956 Flucht in die Bundesrepublik Deutschland.

zur Gründung einer überkonfessionellen Christlich-Sozialen-Volkspartei (CSV) hervorging.[45] Zwei Tage darauf traf dieser sich zu einer Arbeitssitzung und Hickmann legte einen Entwurf für die Richtlinien der Partei vor.[46] Auf den Namen allerdings und einen eigenen Aufruf verzichteten die Dresdner Christdemokraten schließlich, obwohl sie damit ursprünglich ihre Eigenständigkeit hatten unterstreichen wollen.[47] Sie übernahmen auf sowjetischen Druck den Wortlaut des Berliner Gründungsaufrufs sowie den Parteinamen CDU und wurden von der zuständigen sowjetischen Dienststelle erst am 21. August 1945 registriert.[48] Unter vergleichbaren Umständen konstituierte sich in Dresden die LDP: Nach einer mündlichen Zusage des zuständigen Vertreters der sowjetischen Stadtkommandantur vom 16. Juli 1945, in Dresden eine „Demokratische Partei Deutschlands" mit einem eigenen Aufruf zu gründen,[49] widerrief derselbe Offizier die Genehmigung wenige Tage später, weil er den eigenständigen Aufruf beanstandete.[50] Erst am 15. August 1945 registrierte die sowjetischen Militärverwaltung den Landesverband Sachsen der LDP.[51] Die Dresdner Liberalen bauten auf eine enge Zusammenarbeit mit den Christdemokraten und sahen in ihnen ihren grundsätzlichen Koalitionspartner, doch sie wollten sich allein darauf nicht festlegen lassen und hofften in Sachfragen auf ein Zusammengehen mit der SPD.[52]

Viele Menschen verkannten die politische Realität des Sommers 1945. Der „Blockausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien Land Sachsen"[53] und analog dazu lokale „Einheitsfrontausschüsse" waren gebildet worden und die örtlichen Genehmigungen für die Parteigründungen an die Zusage zum Eintritt in die jeweiligen Blockausschüsse gebunden.[54] Die KPD hatte ihr Ziel erreicht und die anderen politischen Kräfte ihrem Führungsanspruch untergeordnet. Diese nahmen die demokratische Rhetorik der Kommunisten vielfach für bare Münze, glaubten an deren politische Läuterung und an eine konstruktive Zusammenarbeit

---

[45] Niederschrift über die Besprechung zur Gründung der Christlich-Sozialen-Volkspartei, 8. 7. 1945 (Archiv für Christlich-Demokratische Politik [künftig ACDP], Landesverband Sachsen, III-035-001, nicht paginiert).

[46] Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses, 10. 7. 1945 (ebd.).

[47] Ralf BAUS, Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995) S. 83–117, S. 105 ff.

[48] Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses, 21. 8. 1945 (ACDP, Landesverband Sachsen, III-035-001, nicht paginiert).

[49] Aktennotiz über die Verhandlungen mit Oberstleutnant Solowieff, 16. 7. 1945 (Archiv des Deutschen Liberalismus [künftig ADL], Bestand LDPD NL Dieckmann, 18487, nicht paginiert).

[50] Aktennotiz II über Verhandlungen mit Oberstleutnant Solowieff, 23. 7. 1945 (ebd.).

[51] Horst DÄHN, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: SBZ-Handbuch, S. 544–573, S. 566.

[52] Niederschrift über die 3. Vorstandssitzung der Demokratischen Partei Deutschlands, 27. 7. 1945, (ADL, Bestand LDPD Landesverband Sachsen, L5-261, nicht paginiert).

[53] Siegfried SUCKUT, Block-Ausschüsse, in: SBZ-Handbuch, S. 595–618.

[54] WILDE (wie Anm. 7), S. 148.

in den „Blockausschüssen“ und in der Verwaltung. Wie hätten sie auch an der Parteibasis im engeren lokalen Umfeld zu einem solch frühen Zeitpunkt erkennen können, was die Parteiführungen nicht sahen? Oder gaben sie sich einer gefährlichen Selbsttäuschung hin und verharrten trotz gegenteiliger Anzeichen im guten Glauben?[55]

Bereits im Mai 1945 hatte der einseitige politische Umbau auf der Ebene kommunaler Verwaltungsorgane begonnen. Die vom Rat der Stadt verabschiedeten Entnazifizierungsrichtlinien, denen zufolge generell Mitglieder der NSDAP und anderer nationalsozialistischer Organisationen fristlos und ohne Anspruch auf Entschädigungszahlungen entlassen werden konnten,[56] waren noch von Hermann Matern ausgearbeitet worden. Die Richtlinien sahen vor, alle diejenigen, die vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten waren, zu entlassen, desgleichen später eingetretene Mitglieder, die durch ihr aktives Eintreten zur Festigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen hatten. Als „Aktivisten“ galten die Kreis- und Ortsgruppenleiter der Partei, aber auch Vertrauens- und Verbindungsleute und die Inhaber von Parteiämtern. Was für die Mitglieder der Partei galt, bezog sich selbstverständlich auch auf alle Gliederungen der NSDAP und sonstige nationalsozialistische Organisationen, insbesondere die Angehörigen von SA und SS sowie der Geheimen Staatspolizei. Alle Beschäftigten der Stadtverwaltung mußten eingehend geprüft werden, was Ausschüsse vornehmen sollten, die in den verschiedenen Abteilungen aus jeweils drei bis fünf Personen zu bilden waren. Entlassungen aber sollte nur das Personalamt aussprechen können.[57] Erwünscht an dieser Zentralisierung der Personalhoheit war die politische Kontrolle über Entlassungen und Neueinstellungen, um Machtpositionen weiter auszubauen und zu befestigen. Ein weiterer Grund dafür war die Absicht der sowjetischen Besatzungsorgane, Übersicht und Kontrolle zu behalten. Die Stadtkommandantur verlangte detaillierte Berichte über die Entlassung aller NSDAP-Mitglieder, besonders der Führungskräfte unter ihnen.[58]

Die Dresdner Stadtverwaltung beschäftigte in den Jahren 1945 und 1946 zwischen 15000 und 16000 Personen, etwa 9000 in der Verwaltung und 6000 in den kommunalen Betrieben. Im Mai wurden vorerst 624 und im Juni 806 Angestellte entlassen. Die folgenden Monate verzeichneten mit 426 Entlassenen im Juli, 366

---

[55] Vgl. Klaus-Dietmar HENKE, Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den beiden deutschen Staaten während der ersten Nachkriegsjahre, in: Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens, hrsg. von Ludger KÜHNHARDT, Alexander TSCHUBARJAN, Baden-Baden 1999, S. 75–85, S. 77; SCHROEDER (wie Anm. 7), SED-Staat, S. 33.

[56] Bericht über die Ratssitzung, 30. 5. 1945 (Stadtarchiv Dresden [künftig StadtAD], Dezernat OB 1010, Bl. 170–175).

[57] Richtlinien für die Entlassung von Beamten und Angestellten aus dem Dienste der Stadt Dresden vom Juli 1945 (Neufassung), o. D. (StadtAD, Dezernat OB 305, nicht paginiert).

[58] Rundschreiben des Personalamtes, 30. 8. 1945 (StadtAD, Dezernat IV 98, Bl. 13).

im August, 334 und 333 in September und Oktober eine kontinuierlich abnehmende Tendenz.[59] Am 3. November 1945 schließlich verlangte die von der SMAS darauf verpflichtete Landesverwaltung Sachsen vom Rat der Stadt Dresden die endgültige Entlassung sämtlicher NSDAP-Mitglieder bis zum 15. November 1945.[60] Diese Forderung war, wollte man die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung nicht ernsthaft in Frage stellen, völlig illusorisch. Zwar stieg die Zahl der Entlassungen bis zum Jahresende, trotzdem waren Ende Dezember 1945 mit 7,3 Prozent des gesamten Personals noch 1173 ehemalige NSDAP-Mitglieder in der Stadtverwaltung beschäftigt. Eine personalpolitische Bilanz spiegelte deutlich die realen Machtverhältnisse: Neben fast 2000 Mitgliedern der KPD (die Hälfte davon Polizeikräfte) und rund 3600 Mitgliedern der SPD gab es nur 248 eingeschriebene Liberaldemokraten und 159 Christdemokraten.[61]

Auch die zwischen 1946 und 1948 mit großem propagandistischem Aufwand betriebene Entnazifizierung brachte hinsichtlich des Verwaltungspersonals keine nennenswert neuen Resultate. 1949 entsprach die Zusammensetzung der Verwaltung ebenso wenig den Wahlergebnissen. Obwohl CDU und LDP bei der Kommunalwahl gemeinsam die Hälfte aller Wählerstimmen auf sich vereinigt hatten, kam die SED deren Forderung nach einer Gleichberechtigung in keiner Weise nach. Inzwischen waren die kommunalen Betriebe ausgegliedert aus der Verwaltung, wodurch sich die Anzahl der SED-Mitglieder proportional verringerte. Aber LDP und CDU blieben ihr gegenüber unterrepräsentiert. Hinsichtlich der Entnazifizierung ist festzustellen, daß bei insgesamt reduzierter Anzahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der Stadtverwaltung deren relativer Anteil im Jahr 1949 auf lediglich 5,4 Prozent gesunken war:

Tabelle: Parteizugehörigkeit des Verwaltungspersonals 1949
(davon ehem. NSDAP-Mitglieder [..])

Parteizugehörigkeit	leitende Mitarbeiter		Angestellte		Arbeiter	
SED	104	[5]	1952	[68]	580	[20]
LDP	22		301	[4]	13	[1]
CDU	13	[1]	194		28	[1]
NDP	1		7	[1]	0	
Parteilos	38	[15]	2527	*[196]	2043	[103]
insgesamt	178	[21]	4981	[269]	2664	[135]

Quelle: StadtAD, Dezernat OB 1081, Personalstandsbericht vom 30. 11. 1949, nicht paginiert (*Rechenfehler in Original).

[59] Statistik der Stadtverwaltung, 1. 5. 1946 (StadtAD, Dezernat IV 105, nicht paginiert).
[60] Schreiben Fischers, 3. 11. 1945 (ebd.).
[61] Personalstatistik, 25. 12. 1945 (StadtAD, Dezernat IV 106, nicht paginiert).

Der entscheidende Entnazifizierungsschub erfolgte nach dem 8. Mai 1945 und im Verlauf eines Jahres traten etwa 5000 Beschäftigte neu in die Verwaltung ein, um die ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu ersetzen. Dieser Personenkreis war mehrheitlich aus Anhängern von KPD und SPD zusammengesetzt und größtenteils wenig oder gar nicht qualifiziert für die erforderlichen Verwaltungsaufgaben. Die Mehrzahl aller Ratssitze und anderer Spitzenpositionen, sämtliche Bezirksverwaltungen, die dortigen Ernährungs-, Wohnungs- und Gewerbeämter, und alle Stadtbezirksämter befanden sich in den Händen von KPD und SPD.[62] Diese Tatsache und eine weitgehend unzureichende Qualifikation des Personals mußte zwangsläufig zu Konflikten mit LDP und CDU führen, die sich um die ihnen zugesicherten praktischen politischen Gestaltungsmöglichkeiten in der Verwaltungsarbeit betrogen sahen.

3. Demokratischer Anspruch und politische Realität 1946

Zwangscharakter kennzeichnete die Einheitsfront, Koalitionen ohne oder gegen die Kommunisten schienen ausgeschlossen zu sein.[63] Nach der Blockbildung während des Sommers 1945 gelang mit der Gründung der SED im folgenden Jahr der zweite wichtige Schritt zur Verhinderung der parlamentarischen Demokratie. Nicht nur die demokratischen Kräfte der bürgerlichen Parteien, auch das demokratische Potential innerhalb der SPD konnte sich nicht gegen die zentralistisch gesteuerte KPD durchsetzen. Anpassungsbereitschaft und guter Wille, teilweise auch Opportunismus, bestimmten das Verhalten von Sozialdemokraten. Nicht wenige waren bereit, in einem Pakt mit den Kommunisten zugunsten revolutionärer Ziele demokratische Prinzipien vorübergehend – wie sie glaubten – auszusetzen.[64] Andere wieder wie der Dresdner Arno Wend sprachen sich für ein langsameres Tempo der Vereinigung aus, artikulierten jedoch keine grundsätzliche Ablehnung.[65] Im Vergleich mit dem in Leipzig ausgeprägten sozialdemokratischen Widerstand gegen die Zwangsvereinigung fielen in Dresden die Reaktionen auf das kommunistische Vorgehen ambivalent aus. Nicht zuletzt jedoch ermöglichten die mehr oder weniger offenen Drohungen der Besatzungsmacht die Gründung der SED.[66] Bis zum Schluß kam Widerstand in dem Wunsch der SPD-Parteibasis für eine Urabstimmung zum Ausdruck, auch der Unterbezirk Dresden sprach sich dafür aus.[67] Urabstimmungen jedoch durften mit Ausnahme Berlins in

---

[62] 2. Sitzung der Konstituierenden Versammlung, 3. 8. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 48).

[63] MÜLLER (wie Anm. 36), S. 14; SUCKUT (wie Anm. 53), S. 597; WETTIG (wie Anm. 7), S. 46.

[64] Vgl. MALYCHA, Die SED (wie Anm. 7), S. 125 ff.

[65] Polizeibericht Ordnungspolizei-Laubegast über die SPD-Versammlung am 4. 2. 1946 in Donaths Neue Welt, 7. 2. 1946 (SächsHStA Dresden, SED-BL Dresden BPA I/B.019/1, nicht paginiert); Bericht über die gemeinsame Mitgliederversammlung am 6. 2. 1946 von SPD und KPD im Stadtteil V, 9. 2. 1946 (ebd.).

[66] Vgl. MALYCHA, Auf dem Weg zur SED (wie Anm. 7), S. XCI ff.

[67] Ebd., S. XCV.

der gesamten SBZ nicht stattfinden. Viele Sozialdemokraten befürchteten die Entstehung einer von Kommunisten dominierten Einheitspartei. Die spätere Entwicklung gab ihnen recht. In einem inneren Transformationsprozeß wurde die SED in den folgenden Jahren zu einer Kaderpartei nach sowjetischem Vorbild umgeformt.[68]

Den Kommunisten in der SED fehlte jeder Wille zu parlamentarisch-demokratischen Verfahrensweisen und sie diffamierten bereits im Wahlkampf ihre politischen Kontrahenten. In einer der Debatten warf der 1. Bürgermeister Walter Weidauer,[69] der wichtigste kommunistische Protagonist der Diktaturdurchsetzung in Dresden, der CDU vor, den Sozialismus als Deckmantel zu gebrauchen, und verglich sie mit den Nationalsozialisten.[70] Und der SED-Fraktionsvorsitzende Otto Schön[71] meinte wenig später bezüglich der Liberalen: *Wir wissen, daß es in dem Block eine Partei gibt, die sich nicht als demokratische Partei betrachtet.* Diese in der Hitze des Wortgefechts vorgebrachten Diffamierungen wurden zwar später korrigiert,[72] aber sie charakterisierten das Selbstverständnis der Kommunisten und ihren Anspruch, demzufolge ihnen allein die Definition dessen zustünde, was demokratisch und was sozialistisch sei.

Am 27. Juli 1946 trat in Dresden mit der „Konstituierenden Versammlung der repräsentativen Körperschaft" erstmalig die Vorläuferinstitution der Stadtverordnetenversammlung zusammen. Entsprechend den Anweisungen der sächsi-

---

[68] Vgl. MALYCHA, Die SED (wie Anm. 7).

[69] Walter Weidauer, 1899–1986, Zimmermann, USPD, seit 1922 KPD, verschiedene politische Funktionen. 1924–1928 Stadtverordneter in Zwickau, 1932/33 Mitglied des Reichstages. 1933–1935 mehrmals verhaftet, anschließend Emigration Prag und Dänemark, 1941 verhaftet und an Deutschland ausgeliefert. 1945 KPD, 1. Bürgermeister in Dresden, 1946–1958 Oberbürgermeister, 1958–1961 Vorsitzender des Rates des Bezirkes Dresden. 1946–1952 Mitglied des Landtages Sachsen.

[70] 2. Sitzung der beratenden repräsentativen Körperschaft, 3. 8. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 44).

[71] Otto Schön, 1905–1968, Angestellter, Schweißer, seit 1925 KPD, Funktionär bis 1933, inhaftiert 1933–1937, 1942/43 Kriegsdienst, Verwundung. 1945 Sekretär KPD-KL Leipzig, 1946–1950 Stadtverordneter Dresden, bis 1947 Vorsitzender SED-Kreisvorstand Dresden, 1947–1950 Landesleitung SED Sachsen. 1950–1968 ZK der SED und Leiter des Büros des Politbüros des ZK der SED, 1958–1968 Abgeordneter der Volkskammer.

[72] 2. Sitzung der Stadtverordneten, 10. 10. 1946 (StadtAD, Dezernat OB 1036, nicht paginiert). In der Mitschrift des Protokolls wurde das Adjektiv „demokratisch" gestrichen und handschriftlich ersetzt mit „sozialistisch". Otto Schön hatte also sagen wollen, die LDP betrachte sich als nichtsozialistische Partei, was durchaus deren Selbstverständnis entsprach und wie es schließlich auch in der gedruckten Version der Protokolle nachzulesen ist. Ob dem „Mißverständnis" ein Hörfehler des Protokollanten zugrunde liegt, ist dabei unerheblich: Für ihn war es in der Situation des Jahres 1946 offenbar nahliegend, daß der SED-Fraktionsvorsitzende die LDP als „nichtdemokratische" Partei bezeichnet. Vgl. 2. Sitzung der Stadtverordneten, 10. 10. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 96).

schen Landesverwaltung bestand sie aus jeweils acht Repräsentanten von SED, CDU, LDP und FDGB[73] und sollte den Übergang zu einer lokalen Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen markieren In seiner Eröffnungsansprache brachte der amtierende Oberbürgermeister Dr. Gustav Leissner[74] deutlich zum Ausdruck, daß die Nachkriegszeit bisher geprägt war vom autoritären Arbeitsstil einer reinen Funktionsverwaltung, die, mehrheitlich besetzt mit Vertretern einer einzigen Partei, der SED, auf der Basis von Befehlen und Weisungen der Besatzungsmacht agierte. Er habe als einziger eine Anstellungsurkunde erhalten, alle weiteren Ratsmitglieder seien berufen worden, ihnen fehle jede formelle Legitimation. Der „Konstituierenden Versammlung der repräsentativen Körperschaft" komme die Funktion einer Vorläuferinstitution zu, ehe in einigen Wochen ein gewähltes Parlament mit der Arbeit beginnen könne. Leissner sprach von einem *wichtigen Augenblick in der Geschichte der wiedererstehenden formalen Demokratie* und bezog sich unausgesprochen auf das Vorbild der Weimarer Republik.[75]

Er verwies damit auf das Grundproblem der deutschen Nachkriegspolitik. Vielen Menschen, auch Politikern, schien das politische System der Weimarer Demokratie nicht geeignet zu sein, die Probleme einer modernen Massengesellschaft, noch dazu in den Wirren der Nachkriegszeit, kompetent lösen zu können.[76] Stabile politische Mehrheiten waren am Ende der Weimarer Republik auf Reichsebene nicht mehr zustande gekommen. Das Scheitern der Republik war unter diesem Blickwinkel vorgeblich von der Unfähigkeit der Parteien zur Konsensfindung verursacht worden. Manche „bürgerlichen" Politiker waren nach diesen Erfahrungen zu einer Art „Konkordanzdemokratie" bereit, einem politischen System, wie es etwa in der Schweiz bestand.[77]

Mit Sicherheit waren sie im Sommer 1946 nicht unbeeinflußt in ihrem politischen Denken durch die bisherigen Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht, die auf eine Zusammenarbeit der Parteien drängte. Sie sahen sich nach dem Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED einer übermächtigen politischen Kraft gegenüber. Darum erhofften sie von ihrer Mitarbeit im „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien" für sich als Angehörige kleinerer Parteien politischen Einfluß, ohne damit ausdrücklich auf ein demokratisch arbeitendes Parlament zu verzichten. Ihr Verständnis der Arbeit im „Block" beruhte auf Gleichberechtigung und Toleranz – ohne die führende

---

[73] Liste der Mitglieder der Repräsentativen Körperschaft, o. D. (ebd., Bl. 1193 ff.).

[74] Dr. Gustav L e i s s n e r, geb. 16. 5. 1890, Jurist, bis 1933 SPD-Stadtrat in Breslau, Entlassung, KZ, 1945 SPD/SED, vom 9. 2. 1946 bis 15. 10. 1946 Oberbürgermeister in Dresden, danach Landgerichtspräsident in Bautzen, 1950 Amtsenthebung und Ausschluss aus der SED, Flucht in den Westen, seit 1952 Richter am hessischen Verwaltungsgerichtshof.

[75] Sitzung der Konstituierenden Versammlung, 27. 7. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 1).

[76] Antonia GRUNENBERG, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993, S. 29 ff.

[77] Vgl. RICHTER (wie Anm. 7), S. 70.

Rolle irgendeiner Partei. Loyale Zusammenarbeit sollte auch für die kleineren Parteien unter den außergewöhnlichen Umständen der Nachkriegszeit die Beteiligung an der Regierung ermöglichen. Aus diesem Grund fanden die Bestrebungen der Kommunisten, alle Parteien auf eine gemeinsame Politik im „Block" festzulegen, Zustimmung in sämtlichen politischen Lagern.[78] Walter Thürmer[79] umriß folglich für die LDP deren politisches Credo mit dem Satz: *Uns schwebt dabei ein neues demokratisches Deutschland vor, so daß keine Partei in Zukunft in die Lage versetzt wird, in Opposition zu gehen*.[80] Darin war sie sich einig mit der CDU, ohne allerdings so weit wie jene zu gehen, die mit ihrer Forderung nach einem „christlichen Sozialismus" auch Klassenkampf aus christlicher Verantwortung gänzlich ablehnte.[81]

Im Wahlkampf setzten in Dresden die Kommunisten zwar auch den Apparat der Verwaltung für ihre Wahlpropaganda ein,[82] doch die erheblich benachteiligten „bürgerlichen" Parteien behaupteten sich erfolgreich. Die Dresdner Kommunalwahlen vom 1. September 1946 gingen enttäuschend aus für die SED. In der Stadtverordnetenversammlung waren ihr CDU und LDP numerisch überlegen: 39 Sitze gingen an die SED, 28 an die LDP und 13 an die CDU.[83]

Darin unterschied sich Dresden vom Landesdurchschnitt: Hier konnte die SED bei den Gemeindewahlen in Sachsen mit 1,6 Millionen Wählerstimmen insgesamt annähernd 300000 Stimmen mehr als die „bürgerlichen" Parteien auf sich vereinigen und Mehrheiten sichern. Eine differenzierte Betrachtung des Wahlergebnisses offenbart jedoch starke regionale Unterschiede. In den Stadtkreisen Chemnitz und Görlitz erhielt die SED jeweils 52,4 Prozent und 50,9 Prozent der Stimmen, in Dresden hingegen 48,4 Prozent, in Leipzig nur 46,3 Prozent, in Plauen und Zwickau sogar kaum 42 Prozent. In einigen sächsischen Städten konnte sich die SED lediglich auf knappe Mehrheiten stützen oder sah sich mit einem Wählerwillen konfrontiert, der ihre Politik überwiegend ablehnte. In der Mehrzahl aller Landkreise wiederum erzielte die SED weit über 50 Prozent der Stimmen, in den Kreisen Dippoldiswalde, Hoyerswerda und Niesky über 70 Prozent.[84] Doch hier

---

[78] SUCKUT (wie Anm. 53), S. 600.

[79] Walter Thürmer, 1896–1971, Doktor der Technischen Wissenschaften und Unternehmer, 1926–1933 DVP, 1929–1933 Stadtverordneter in Dresden, 1945 Mitbegründer der LDP in Sachsen, verschiedene Funktionen im Landesvorstand, ab 1949 geschäftsführender Zentralvorstand, 1948/49 Stadtrat und stellvertretender Oberbürgermeister in Dresden, 1950/51 Minister für Gesundheitswesen und stellvertretender Ministerpräsident der Landesregierung Sachsen.

[80] Sitzung der Konstituierenden Versammlung, 27. 7. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 1 ff.).

[81] Vgl. WILDE (wie Anm. 7), S. 318.

[82] Protokoll der Ratssitzung 2. 7. 1946 (StadtAD, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Dresden, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.2, Bl. 1312 ff.).

[83] Sitzordnung der Stadträte und Gemeindevertreter, 25. 9. 1946 (StadtAD, Dezernat OB 1036, nicht paginiert).

[84] BRAUN (wie Anm. 12), S. 404 ff.

waren teilweise Ortsverbände von CDU und LDP gar nicht gegründet oder nicht registriert worden und beide oder eine der beiden Parteien hatten nicht zur Wahl antreten können[85] – eine das Wahlergebnis verzerrende Situation. Diese und andere Behinderungen sind bei der Beurteilung des Wahlergebnisses in Betracht zu ziehen.

Die LDP, die sich als einzige „nicht-sozialistische" Partei den Wählern präsentierte, erzielte mit Forderungen nach Sicherung der Unternehmerfreiheit und einem demokratischen Rechtsstaat in sämtlichen sächsischen Stadtkreisen und in den urban geprägten Landkreisen hohe Stimmenanteile. Generell war die LDP mit ihrer Ablehnung des Sozialismus in urbanen und säkularisierten Wahlkreisen attraktiver als die CDU. Jene wiederum lag in der Wählergunst vor der LDP in den traditionell evangelischen Landkreisen des Erzgebirges. Im Landkreis Aue-Schwarzenberg war die CDU sogar die absolut stärkste Partei. In Dresden gelang es beiden „bürgerlichen" Parteien zusammen, sich einer Wählermehrheit als überzeugende Alternative zur SED darzustellen.[86]

Hinweise auf mögliche Ursachen des Wählervotums bietet die Wahlpraxis in Dresden, wo Frauen und Männer in verschiedenen Wahlurnen getrennt voneinander abstimmten. 119012 gültige Stimmen der Männer und 193182 der Frauen wurden gezählt. Von den 348000 Wahlberechtigten betrug der Stimmenanteil letzterer mit fast 62 Prozent annähernd zwei Drittel aller abgegebenen gültigen Stimmen. Diese Stimmenverteilung spiegelt die nach dem Ende des Krieges in ganz Deutschland eingetretene Situation wider. In Dresden wohnten insgesamt 276401 Frauen und 178769 Männer, damit lag das demographische Verhältnis der Geschlechter bei etwa 1,5:1.[87] Frauen dominierten, viele Männer waren gefallen oder noch in Gefangenschaft. Die Wahlentscheidung hatte, das war den Beteiligten klar, bei den Frauen gelegen.[88] Die Wahlbeteiligung war im Stadtkreis Dresden mit 92 Prozent etwa so hoch wie in den anderen Wahlkreisen.[89] Bei so hoher Wahlbeteiligung respektive der geringen Anzahl der Nichtwähler kann nicht von einer geschlechtsspezifischen Wahlabstinenz ausgegangen werden. 54,2 Prozent der Männer wählten in Dresden die SED. Indem die Dresdner Frauen mit 36,1 Prozent für die LDP und mit 17,8 Prozent für die CDU stimmten, zusammen also 54 Prozent ihrer Stimmen gegen die SED abgaben, entschieden sie aufgrund ihrer

---

[85] Ebd., S. 385; Ekkehart KRIPPENDORFF, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der SBZ 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1959, S. 96f.

[86] BRAUN (wie Anm. 12), S. 404 ff.

[87] Endgültiges Ergebnis zur Volkszählung vom 3. 11. 1945, Statistisches Amt, 4. 1. 46 (Stadt AD, Dezernat OB 124, Bl. 34–41).

[88] Vgl. auch entsprechende Äußerungen seitens der SMAD in Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panow, hrsg. von Bernd BONWETSCH, Gennadij BORDJUGOW, Norman M. NAIMARK, (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20) Bonn 1997, S. 63 und S. 67.

[89] BRAUN (wie Anm. 12), S. 404f.

demographischen Dominanz die Wahl zugunsten der beiden „bürgerlichen" Parteien.[90] Die Frauen sahen sich mehrheitlich nicht von der SED,[91] sondern von LDP und CDU vertreten, und die LDP-Zeitung „Sächsisches Tageblatt" errechnete für Dresden: „Von 100 Wählern der SED waren 45 Männer und 55 Frauen. Von 100 Wählern der LDP waren 36 Männer und 64 Frauen. Von 100 Wählern der CDU waren nur 30 Männer und 70 Frauen!"[92]

Mehr noch als für die Männer war für die Frauen die SED die „Russenpartei", Statthalter der Besatzungsmacht. Verlor die SED die Wahl wegen ihrer eigenen Politik oder weil Frauen traditionell eher dem konservativen Lager zuneigen, verlor sie auch wegen der anhaltenden und im Sommer 1946 erneut ansteigenden Zahl von Überfällen und Vergewaltigungen durch Besatzungssoldaten?[93] Das Wahlverhalten von Frauen unterschied sich deutlich von dem der Männer. Vorsichtig kann formuliert werden, daß sich die Skepsis der Dresdnerinnen gegenüber der SED aus mehreren Faktoren zusammensetzte. Traditionelle Orientierung war sicherlich einer davon, ein anderer die enge Bindung der SED an die Besatzungsmacht. Seit mehr als einem Jahr lebte die Bevölkerung in einem Gefühl der permanenten Bedrohung, ständig genährt von neuen Nachrichten über Gewalttaten.[94] Der SED, die sich ihrer guten Beziehungen zur Roten Armee rühmte, war es nicht gelungen, Sicherheit und Ordnung herzustellen. Noch im Sommer 1946 hatte sie das weibliche Wählerpotential als besonders problematisch eingestuft. Negative Erfahrungen mit Angehörigen der Besatzungsmacht, so die Befürchtung der Dresdner Genossen im Landessekretariat, könnten viele Frauen bewegen, ihre Stimme nicht der SED zu geben. Die miserable Versorgungslage einerseits und auf der anderen Seite Einbrüche, Vergewaltigungen und Morde, begangen von den Soldaten der Besatzungsmacht, bereiteten ihnen große Sorgen.[95]

Ein Merkmal der SED-Fraktion war ihr augenfällig hoher Frauen-Anteil.[96] Auch wenn die Partei damit ebenso wenig wie CDU und LDP den geschlechtsspezifischen Charakter der Nachkriegsgesellschaft repräsentierte, denn insgesamt saßen im Dresdner Stadtparlament nur 26 Frauen neben 54 Männern, hatte sie verglichen mit den insgesamt 10 Frauen von LDP und CDU eine größere Anzahl Frauen für die Stadtverordnetenversammlung aufgestellt. Die 39 Abgeordnete zählende SED-Fraktion der Dresdner Stadtverordnetenversammlung be-

---

[90] Statistik Gemeindewahl, 1. 9. 1946 (SächsHStA Dresden, SED-Landesleitung Sachsen A/921, Bl. 21).

[91] Vgl. NAIMARK (wie Anm. 7), S. 385.

[92] „Sächsisches Tageblatt", 5. 9. 1946 (SächsHStA Dresden, SED-Landesleitung Sachsen A/879, Bl. 36).

[93] Bericht der Ordnungspolizei, 4. 6. 1946 (StadtAD, Dezernat OB 65, Bl. 81).

[94] Vgl. zu der Problematik umfassend NAIMARK (wie Anm. 7), S. 86–168.

[95] Sekretariatssitzung der SED-Landesleitung Sachsen, 7. 6. 1946 (SächsHStA Dresden, SED-Landesleitung Sachsen A/778, Bl. 76–98); Sekretariatssitzung der SED-Landesleitung Sachsen, 15. 6. 1946 (ebd., Bl. 105–109).

[96] Hier und im folgenden: Liste der Stadtverordneten, 25. 11. 1946 (StadtAD, Dezernat OB 1036, nicht paginiert).

stand aus 16 Frauen und 23 Männern zwischen 30 und 80 Jahren. Senior war mit 80 Jahren der frühere SPD-Landtagsabgeordnete Robert Wirth, die jüngste ein dreißigjährige Hausfrau. Den Fraktionsvorsitz führte der kurz zuvor aus Leipzig gekommene Otto Schön.

Viele der weiblichen Fraktionsmitglieder gehörten schon lange der sozialdemokratischen oder kommunistischen Arbeiterbewegung an, waren vor 1933 entweder Mitglieder der Parteien oder ihrer Jugendorganisationen gewesen, hatten zwischen 1933 und 1945 teilweise illegal gearbeitet und Haft sowie andere Benachteiligungen hinnehmen müssen. Nach 1945 beteiligten sie sich aktiv am Aufbau der neuen gesellschaftlichen Ordnung in der Verwaltung, in den Betrieben und in den Parteiorganisationen. Eine Begleiterscheinung ihrer parteipolitischen Aktivitäten war sozialer Aufstieg: Die Arbeiterin wurde hauptamtliche Parteisekretärin oder Betriebsratsvorsitzende in ihrer Firma, die ehemalige Wachtmeisterin der Untersuchungshaftanstalt erhielt einen Arbeitsplatz in der städtischen Sozialverwaltung, die Angestellte arbeitete jetzt im Landesvorstand ihrer Partei und die Lehrerin im Lehrplanausschuß der sächsischen Landesverwaltung.[97] Die 1909 geborene Kontoristin Charlotte Dietrich war seit 1928 Mitglied der KPD. Sie hatte im Anschluß an die achtjährige Volksschule drei Jahre als Hausmädchen gearbeitet, die Berufsschule und ein Jahr die Handelsschule besucht, und anschließend in kaufmännischen Berufen gearbeitet. Während dieser Zeit übte sie in der KPD verschiedene Funktionen aus, war Frauenleiterin und seit 1932 Referentin für Kommunalfragen. 1933 wurde sie in die Dresdner Stadtverordnetenversammlung gewählt und im selben Jahr wieder von den Nationalsozialisten entlassen. Für die Jahre bis 1945 gab die junge Frau verschiedene illegale Tätigkeiten an. Nach dem Einmarsch der Roten Armee gründete sie zusammen mit anderen Kommunisten einen „Antifa-Ausschuß". Am 1. Juli 1945 ernannte sie der Rat der Stadt Dresden offiziell zur stellvertretenden Leiterin der Bezirksverwaltung II, ein viertel Jahr später zu deren Leiterin. Kurz nach ihrer Wahl in die Stadtverordnetenversammlung erfolgte ihre Beförderung zur Stadträtin und Leiterin des Personalamtes.[98]

Auch bei vielen Männern war die Kandidatur zur Stadtverordnetenversammlung eine Sprosse auf der Karriereleiter: Beginn, Zwischenstation oder Abschluß einer politischen und sozialen Laufbahn – unter den SED-Stadtverordneten gab es inzwischen kaum noch Arbeiter. Von den dreizehn Arbeitern der Fraktion arbeitete nur einer im ursprünglichen Beruf, die anderen waren mittlerweile entweder hauptamtlich in der Partei- und Gewerkschaftsarbeit oder in einem Betriebsrat beschäftigt. Ein größerer Teil der Mitglieder der SED-Fraktion gehörte dem Mittelstand an, war von Beruf Lehrer, Verwaltungsangestellter, Akademiker, selb-

---

[97] Vgl. GRUNENBERG (wie Anm. 76), S. 137.

[98] Lebenslauf Charlotte Dietrich-Smolorz, o. D. (StadtAD, Dezernat IV Personalakten, D 224).

ständiger Handwerker oder hauptamtlicher Funktionär. Das Phänomen eines an parteipolitische Aktivität gekoppelten sozialen Aufstiegs, der sich bei den Stadtverordneten abzeichnete, war bei den Funktionären aller Parteien anzutreffen, bei denen der SED aber ausgeprägter und in größerem Umfang.

Der 1904 geborene Bankkaufmann Erich Barthel war seit 1926 Mitglied der SPD. 1933 wurde er im Konzentrationslager Hohenstein inhaftiert und nach seiner Entlassung in den folgenden Jahren unter Polizeiaufsicht gestellt. Im Herbst 1946 erfolgte seine Wahl zum Stadtrat für die Kommunalen Betriebe.[99] In seiner Biographie tritt neben dem Phänomen des sozialen Aufstiegs auch der lebensweltliche Einschnitt hervor, den die nationalsozialistische Herrschaft verursachte. Auffällig viele Sozialdemokraten wie der erste Dresdner Oberbürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg, Rudolf Friedrichs,[100] und der jetzige Stadtverordnetenvorsteher Clemens Dölitzsch, hatten bereits in der Weimarer Republik eine berufliche und politische Karriere begonnen, die im Nationalsozialismus gewaltsam abgebrochen und nun fortgesetzt wurde. Dölitzsch (1888-1953) war von Beruf Volksschullehrer und bereits 1922 bis 1933 Stadtverordneter der SPD in Dresden und zum Schluß Stadtverordnetenvorsteher gewesen. Die Nationalsozialisten hatten ihn wiederholt inhaftiert und auch im Konzentrationslager Sachsenhausen eingesperrt. 1945 wurde er Stadtschulrat in Dresden, Mitglied des sächsischen Landesvorstandes der SPD und später des Landesvorstandes der SED.[101] Ein weiteres Beispiel eines solchen politisch bedingten biographischen Bruchs ist im Lebensweg des für Ernährung und Versorgung zuständigen Stadtrats Otto Wagner (1891-1960) zu finden. Der seit 1909 der SPD angehörende Tischler hatte sich nach dem Besuch einer Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung sowie einer Verwaltungsakademie bis 1933 zum Geschäftsführer des Deutschen Holzarbeiterverbandes hochgearbeitet. Nach mehrmaliger Inhaftierung durch die Nationalsozialisten schlug er sich bis zum Ende des Krieges als Kohlenhändler durch. Anfang September 1945 wurde er zum Versorgungsdezernenten berufen und im Herbst 1946 ebenfalls Stadtverordneter.[102]

Das Funktionärspotential der SED gehörte überwiegend einer mittleren und älteren Generation an und hatte seine wesentlichen politischen Sozialisationserfahrungen in der Weimarer Republik gewonnen. 21 SED-Abgeordnete waren zwischen 1900 und 1910 geboren, 12 Abgeordnete waren 50 Jahre alt und älter. 16 Mitglieder gehörten ehemals der KPD und 19 der SPD an. Zwei der Fraktionsmitglieder waren parteilos, bei zwei weiteren ist die politische Herkunft nicht sicher, wahrscheinlich gehörten sie vor 1933 keiner Partei an. Die Umstände weisen auf eine annähernd paritätische Aufstellung der Kandidaten für die Wahl hin respek-

---

[99] Auskunft über Erich Barthel, 31. 3. 1947 (StadtAD, Dezernat IV 141, Bl. 55).
[100] Vgl. RICHTER/SCHMEITZNER (wie Anm. 7), S. 35 ff.
[101] Lebenslauf Clemens Dölitzsch, 31. 3. 1947 (StadtAD, Dezernat IV 141, Bl. 68).
[102] Lebenslauf Otto Wagner, o. D. (StadtAD, Dezernat IV Personalakten, W 940).

tive auf ein leichtes Übergewicht zugunsten der SPD, zumal die älteren kommunistischen Genossen zuvor oft in der Sozialdemokratischen Partei organisiert gewesen waren. Allerdings sagt eine bloße Parteimitgliedschaft wenig über die politische Orientierung aus.[103] Bekanntermaßen besetzte die SED Ämter und Funktionen vorzugsweise mit Personen, die für „zuverlässig" galten und nicht von der Parteidoktrin abwichen. Die SED strebte zudem danach, Menschen, die keine Mitglieder der Partei waren und trotzdem die „Parteilinie" kompromißlos vertraten, an sich zu ziehen und sie in Organisationen und Komitees zu entsenden. Deswegen bezeichnete der scharfe Beobachter und kritische Zeitgenosse Victor Klemperer die Parteilosigkeit des SED-Fraktionsmitgliedes Reingruber[104] als Farce.[105] Auch die nicht unproblematische Kandidatur der parteilosen Tänzerin Gret Palucca[106] für die SED-Stadtverordnetenfraktion ist ein Indiz für das Fehlen von Personen mit einer gewissen Popularität bei der Dresdner Bevölkerung. Allerdings blieb Gret Palucca häufig den Stadtverordnetenversammlungen fern, wodurch ihre Stimme der SED-Fraktion bei Abstimmungen verloren ging. Weil die SED Probleme hatte bei der Aufstellung hinlänglich bekannter und einen Wahlerfolg versprechender Kandidaten, stellte sie in Dresden sechs Politiker zur Wahl, die wenig später auch für den sächsischen Landtag kandidierten. Karl Bischoff, Otto Buchwitz, Gertrud Glöckner, Paul Gruner, Olga Körner und Walter Weidauer legten wenig später ihr Stadtverordnetenmandat nieder zugunsten eines Landtagsmandats.[107]

Eine Begleiterscheinung der kommunistischen Politik war der soziale Wandel, der politische Aufstieg der SED an die Macht bedeutete für ihre aktiven Mitglieder gesellschaftlichen Aufstieg, die Fortsetzung bereits begonnener Karrieren oder deren Beginn. Die Wurzeln der sozialistischen Partei-Fraktion, so läßt sich anhand der Alters- und Geschlechtsstruktur zusammenfassen, reichten sowohl in die

---

[103] Vgl. Lebenslauf Werner Meinecke, 10. 1. 1947 (StadtAD, Dezernat IV 143, Bl. 130).

[104] Prof. Dr. Hans Reingruber, 1888–1964, Diplomingenieur, 1924 Promotion, 1916–1933 Ministerialrat im Reichverkehrsministerium. Entlassung, ab 1934 Professor für Eisenbahn- und Verkehrswesen an der TH Dresden. 1945 Kulturbund, 1946–1948 Stadtverordneter, 1946–1950 Mitglied des Landtages Sachsen. 1946/47 Dekan der Fakultät Bauwesen und 1947/48 Prorektor und Dekan der Fakultät Verkehrswesen der TH Dresden. 1948/49 Leiter der HV Verkehr der DWK, 1949/50 Mitglied des Volksrates bzw. der Provisorischen Volkskammer, 1949–1953 Minister für Verkehr der DDR. Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen, Professor an der TH Dresden.

[105] Victor KLEMPERER, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1949 Bd. 1, Berlin 1999, S. 466.

[106] Gret Palluca, 1902–1992, hatte ihre 1939 von den Nationalsozialisten geschlossene Tanzschule erst 1945 wiedereröffnet. Offiziell unter Auftrittsverbot stehend, konnte sie während des Krieges mit der Sondergenehmigung einer nationalsozialistischen Dienststelle auf Tournee gehen. Vgl. Annett DUDEK, „Glaube und Schönheit" – Frauen in Dresden in der NS-Zeit, in: Dresdner Hefte 62 (2000), S. 50–56.

[107] Beschlussprotokoll Nr. 39 Sekretariatssitzung 29. 10. 1946 (SächsHStA Dresden, SED-Landesleitung Sachsen A/778, Bl. 252).

kommunistischen Klassenkampftraditionen der Weimarer Republik als auch in die überwiegend von sozialdemokratischer Seite praktizierte Realpolitik. Teilweise gingen Personen mit kommunalpolitischen Erfahrungen erneut in die Kommunalpolitik, andere wieder hatten ihre Erfahrungen in den Parteien und in den Gewerkschaften gesammelt. Einige hatten in der Illegalität gearbeitet. Frauen kam in der SED traditionell eine größere Rolle zu als in den „bürgerlichen" Parteien, wie ihre Präsenz nahe legt. Aber das Potential politisch erfahrener Funktionäre war begrenzt – ob diese Tatsache dem Ortswechsel Otto Schöns im Sommer 1946 zugrunde lag, ist nicht bekannt, aber naheliegend. Der Aufstieg später führender Funktionäre der SBZ/DDR begann häufig in der Kommunalpolitik, obwohl so steile Karrieren wie die von Schön selten waren: Der bis 1950 der Dresdner Stadtverordnetenversammlung und der SED-Landesleitung Sachsen angehörende Politiker war anschließend ZK-Mitglied und Leiter des Büros des Politbüros beim ZK der SED und darüber hinaus Abgeordneter der Volkskammer der DDR von 1958 bis 1968. Ein solcher politischer Werdegang war somit nicht nur bei den im Moskauer Exil geschulten Kommunisten zu beobachten, die in Dresden mit Fischer und Matern der „Gruppe Ackermann" angehörten. Die dieser Gruppe nicht nur im Alter nahestehende Generation „der im Land gebliebenen" wie Otto Schön „wuchs" in die Politik hinein, häufig begleitet von ideologischer Schulung. Die SED hatte wenig Spielraum in der Kaderpolitik, 1945/46 fehlte ihr der Nachwuchs. Lediglich 11 ihrer Dresdner Fraktionsangehörigen waren zu dem Zeitpunkt zwischen 30 und 40 Jahre alt, junge Leute fehlten völlig. Fast alle, auch diese „jüngeren" Mitglieder der Fraktion, waren vor 1933 in einer der beiden Parteien, mindestens aber in der sozialistischen Jugend und in der Gewerkschaftsbewegung organisiert gewesen.

Die LDP stellte 28 Stadtverordnete, ein Viertel von ihnen Frauen. Der älteste ihrer Stadtverordneten war ein achtundsechzigjähriger Kaufmann, der jüngste ein dreiundzwanzigjähriger Jugendreferent der Partei. Fünf der Abgeordneten waren zwischen 1900 und 1910, weitere 16 noch vor 1900 geboren, von denen 13 fünfzig Jahre alt und älter waren. Bei vielen Mitgliedern der LDP-Fraktion war die Weimarer Republik ebenfalls die prägende politische Erfahrung, bei einigen lagen die Anfänge ihrer politischen Sozialisation weiter zurück und sie kannten noch aus eigener Anschauung die Monarchie. Ein Blick auf die Berufszugehörigkeit scheint zu bestätigen, daß die liberalen Abgeordneten mehr von traditionell-konservativen politischen Vorstellungen geprägt waren. Zwar gehörten der Fraktion drei Arbeiter an, aber die Mehrzahl mit den hauptsächlich vertretenen Berufen Jurist, Lehrer, Kaufmann und Ingenieur zählte zum Bürgertum. Viele der LDP-Stadtverordneten waren leitende Angestellte oder Selbständige. Konservative liberale Werte wie Eigentum und Rechtsstaatlichkeit würden in ihre Politik Eingang finden. Was das beinhaltete, faßte der junge Dresdner Wolfgang Mischnick so zusammen: *Freiheit im geistigen Leben. Gleichheit für das rechtliche Leben. Brüderlichkeit im wirtschaftlichen Leben*. Das gehöre für ihn unbedingt zur *Voraussetzung einer wahrhaften Demokratie*. Gewissenszwang sei abzulehnen,

geistige Freiheit ermögliche die Freiheit des Individuums. Jeder Mensch müsse vor dem Gesetz gleich sein. *Brüderlichkeit der Wirtschaft* bedeute *gegenseitige Hilfe und gegenseitiges Verstehen zwischen Erzeuger und Verbraucher, Arbeiter und Unternehmer, Städter und Bauer*. Eine der Voraussetzungen von Demokratie sei die *öffentliche Kritik an der Regierungsgewalt*. Kontrolle und Zwang dürften die persönliche Freiheit nicht beschränken, weil Eingriffe der *öffentlichen Gewalt in das tägliche Leben jedes Einzelnen* zur Kontrolle seiner *wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse* die Gefahr in sich bergen, *zur Despotie zu werden*.[108]

Die LDP verfügte neben den älteren auch über junge Politiker. Sie bot jungen Menschen eine Chance und hatte damit offensichtlich bei den Wählern Erfolg. Neben dem 25jährigen Wolfgang Mischnick gehörten drei weitere Abgeordnete der Generation an, die im Nationalsozialismus sozialisiert worden war. Der 1921 geborene Mischnick hatte nach Kriegsbeginn im Herbst 1939 vorzeitig das Abitur abgelegt und wurde umgehend eingezogen. Im April 1945 wegen einer Verletzung entlassen, stand er mittellos und ohne Beruf da und mußte für eine junge Familie sorgen. An die Aufnahme eines Studiums war nicht zu denken und auf der Suche nach einer sinnvollen Beschäftigung arbeitete er bald nach seinem Eintritt in die LDP im August 1945 hauptberuflich in der Jugendarbeit der Partei, war ein begabter Redner, Vertreter der LDP im Stadtjugendausschuß und Jugendvertreter im Landesvorstand.[109]

Liberale Anschauungen genossen nach 1945 eine hohe Wertschätzung gerade auch bei jungen Leuten. Neben einem idealistischen Motiv beim Einstieg in die Politik ist bei einem Teil der älteren LDP-Politiker das Bedürfnis unübersehbar, an der Macht teilzuhaben und Positionen zu erringen. Der Fraktionsvorsitzende Walter Thürmer war bereits bis 1933 für die DVP Dresdner Stadtverordneter gewesen, nun wurde der promovierte Naturwissenschaftler und Fabrikant Mitglied des sächsischen Landesvorstandes der LDP und Vorsitzender des Stadtverbandes Dresden. Er bewies ausreichend politische Flexibilität gegenüber der Besatzungsmacht, was ihm den Weg über den Dresdner Stadtrat in die sächsische Landesregierung bahnte. Er wurde Vorsitzender des Landesverbandes der LDP, 1949 Mitglied des sächsischen Landtages und Mitglied der Volkskammer der DDR, 1950 Minister für Gesundheitswesen in der Landesregierung Sachsen und einer der Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Damit aber hatte er offenbar den Zenit seines politischen Aufstiegs erreicht. Seit 1952 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Dresden, wo ihm erst 1966 der Professorentitel verliehen wurde.[110] Er gehörte zu denjenigen in den Reihen der Blockparteien, die nach dem Prinzip der Opportunität im Sinne ihrer Partei zu handeln glaubten und sie dabei Schritt für Schritt der SED unterordneten. Sie stellten ihre Unentbehrlichkeit

---

[108] Rededisposition von Wolfgang Mischnick, 30. 4. 1947 (ADL, Bestand LDPD Landesverband Sachsen, L5-323, nicht paginiert).

[109] Lebenslauf Wolfgang Mischnick, o. D. (StadtAD, Dezernat IV 144, Bl. 54–57).

[110] Lebenslauf Walter Thürmer, 14. 12. 1946 (ebd., Bl. 98); vgl. SBZ-Handbuch (wie Anm. 12), S. 1042.

unter Beweis, in dem sie zur Verfügung standen, wenn mißliebige Politiker ausgewechselt wurden. Ohne sie wäre die relativ problemlose „Ausschaltung" kritischer Politiker in LDP und CDU nicht möglich gewesen.

Ein solcher war Reimer Mager (1906–1966), der die CDU-Stadtverordnetenfraktion führte. Der gelernte Weber und aktive christliche Gewerkschafter besuchte 1926/27 eine Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, arbeitete anschließend im Sekretariat des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter in Zittau und war seit 1930 Landesgeschäftsführer des Gesamtverbandes Christliche Gewerkschaften in Dresden. 1933 wurde er entlassen, war Mitglied der Bekennenden Kirche und zeitweise inhaftiert. 1946 trat er der CDU bei, war 1946–1950 Stadtverordneter in Dresden und bis 1948 Vorsitzender der CDU-Fraktion. 1948 wurde er Vorsitzender der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen und Vorsitzender des Ständigen Synodalausschusses. 1950 erklärte er seinen Parteiaustritt.[111]

Die CDU-Fraktion war mit ihren drei Frauen und zehn Männern zwischen 27 und 67 Jahren trotz gewisser Unterschiede der LDP-Fraktion vergleichbar. Ihr Durchschnittsalter bei 49 Jahren war im Vergleich zu dem der LDP-Fraktion mit knapp 48 Jahren und dem der SED-Abgeordneten mit knapp 47 Jahren vergleichsweise hoch. Sechs Stadtverordnete waren 50 Jahre alt und älter. Bei Betrachtung der sozialen Zusammensetzung fällt auf, daß sich in der CDU-Fraktion keine Arbeiter befanden, sondern ausschließlich Angehörige des Bürgertums und der Mittelschicht: 2 Hausfrauen, 2 Angestellte, 1 Verleger, 1 Schuldirektor, 1 Handwerksmeister, 1 Kaufmann, 2 Theologen, 3 leitende Angestellte. Sozialer Aufstieg war bei den Politikern der „bürgerlichen" Parteien offenbar weniger die Folge ihrer politischen Aktivität. Das legt die Vermutung nahe, daß sozialer Aufstieg weniger ein Motiv ihres Eintritts in die Politik gewesen sein könnte. Möglicherweise beschreibt für diese Personengruppe der Begriff „christliche Verantwortung" die Motivation ihres politischen Handelns zutreffender. Der Dresdner Fraktionsvorsitzende Mager erläuterte diesen Terminus wiederholt und sprach davon, daß gesellschaftliche Erneuerung nur aus einem solchen Bewußtsein der Verantwortlichkeit gegenüber Gott und den Menschen heraus möglich werde.[112]

Was darunter zu verstehen war und wodurch die politische Orientierung der CDU-Mitglieder und ihrer Anhänger sich auszeichnete, wird auch in der Dresdner Wahlkampfrede des Parteivorsitzenden Jakob Kaiser im Herbst 1946 deutlich: *Wir bekennen uns aus christlicher Verantwortung zum Sozialismus*. Er meinte damit ein

---

[111] Lebenslauf Reimer Mager, 5. 2. 1947 (StadtAD, Dezernat IV 143, Bl. 47/48); vgl. Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, hrsg. von Gabriele BAUMGARTNER, Dieter HEBIG, München 1997, S. 504.

[112] Rede Reimer Magers 1948, „Die Christlich-Demokratische Union zum Entnazifizierungsproblem und zu den Befehlen Nr. 201 und 35 des Obersten Chefs der SMAD, Marschall Sokolowskij", o. D. (ACDP, Landesverband Sachsen, III-035-183, Bl. 8).

Gesellschaftssystem, das auch Wirtschaftslenkung und Sozialisierung beinhalte, aber nach wie vor auf Privateigentum und eigenverantworteter Initiative beruhe. Kaiser erklärte ausdrücklich, die Überführung von Eigentum an Produktionsmitteln in die öffentliche Hand sei ein Mittel, ein Instrument zur Überwindung der Not, um *neben anderen zu einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu kommen. Einen Staatskapitalismus mit seiner schwerfälligen Bürokratie lehnen wir ab*.[113] Planung und Lenkung der Wirtschaft seien momentan notwendig, doch nicht ein unabänderliches Dogma. Wer jetzt den Mut habe, den Tatsachen ins Auge zu sehen, müsse erkennen, daß die realen Formen einer sozialistischen Ordnung auf deutschem Boden erst entwickelt werden müßten.[114]

Er verwahrte sich im übrigen gegen Diffamierungen seitens der SED und deren Angewohnheit, jeden, der etwas anderes meine oder denke, als Reaktionär zu bezeichnen. *Glaubt die SED, wie böse politische Zungen sagen und behaupten, auf dem Wege des einheitlichen Staates ihren totalitären Willen durchzusetzen?* Es war die Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, die Kaiser ansprach, als er unter dem Beifall der Dresdner ausführte: *Ich habe mich immer gewundert, wie schnell sich der Wille von Wilhelm Pieck – ich will dabei nichts gegen Wilhelm Pieck sagen, denn ich schätze ihn sehr – bis in alle Gliederungen der Partei durchgesetzt hat und durchsetzt. Wir haben in unserer Partei, in der Union, immer viele Hemmungen: ich muß aber gestehen, ich finde das gesünder und demokratischer, denn sonst kommt es doch wieder nur auf Befehlsempfang und Befehlsweitergabe an*.[115]

Jakob Kaiser warb bei den Dresdnern für seine Vorstellung von der Brückenfunktion der Deutschen zwischen Ost und West. Zwei Hände habe das deutsche Volk. Es reiche die eine Hand dem Osten und die andere dem Westen, und er betonte, nur in persönlicher Freiheit könne eine Demokratie errichtet werden. Unfreiheit schade ihr genau wie der Mißbrauch der Freiheit für kapitalistische Interessen. *Wir wollen eine Ordnung, die getragen ist vom christlichen Verantwortungsbewußtsein für Menschen und Gemeinschaft. Wir möchten sie im ganzen Volke sehen, deshalb brauche ich kaum zu betonen, daß der Sozialismus durchaus keine Minderbewertung der bürgerlichen Welt bedeutet.* Christliche Verantwortung sollte die Brücke schlagen zwischen Ost und West, zwischen den Ideologien der Völker ebenso wie zwischen Arbeiter und Unternehmer, eine Brücke aus der Vergangenheit in die Zukunft.[116]

Nicht nur aus den Worten von Repräsentanten der LDP und der CDU sprach die Wertschätzung parlamentarischer Prinzipien. Auch der Präsident der Landesverwaltung Friedrichs betonte in seiner Festansprache zur Amtsein-

---

[113] Versammlung der CDU: Mitschrift der Rede Jakob Kaisers, 14. 10. 1946 (StadtAD, Dezernat OB 993, Bl. 234).
[114] Ebd., Bl. 232f.
[115] Ebd., Bl. 230.
[116] Ebd., Bl. 236f.

führung der Stadtverordneten deren Autonomie gegenüber dem Rat. Der Rat sei in seiner Geschäftsführung an die Beschlüsse der Gemeindevertreter gebunden und ihnen gegenüber voll verantwortlich. Ein Mißtrauensvotum der Stadtverordneten könne zur Abberufung des Rates führen.[117] Was hier für alle Ohren demokratisch klingen mochte, war von Seiten der KPD/SED keineswegs zu realisieren beabsichtigt. Sie wollte vielmehr im Parlament die Bildung eines bürgerlichen Blocks verhindern, den „Gegner" spalten und die sogenannten *fortschrittlichen und demokratischen Kräfte* innerhalb der LDP und CDU stärken, um die *reaktionären und undemokratischen Mitglieder* zurückzudrängen und auszuschalten. Wie Weidauer intern erläuterte, könne eine im Sinn der SED „demokratische" Entwicklung nur stattfinden, wenn die Interessengegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien zum Tragen kämen. Sollte das nicht gelingen, sei das in die neue Gemeindeordnung eingebaute Minderheitenvotum zu aktivieren, um die Umwandlung der Gesellschaft voranzutreiben und den Parlamentarismus zu beseitigen. Auf Antrag eines Drittels der stimmberechtigten Stadtverordneten könne ein Gemeindebegehren herbeigeführt werden zur Auflösung der Stadtverordnetenversammlung: *Es kann also durchaus möglich sein, daß in einer Reihe von Gemeinden und Städten, in denen das gegenwärtige Wahlergebnis uns nicht befriedigt, bei einer guten und geschickten Arbeit unserer Partei, die Auflösung des Parlaments in absehbarer Zeit erzwungen werden kann*.[118] Die Spielregeln der kommunistischen „Demokratie" waren somit völlig andere als die der parlamentarischen Demokratie.

Das zeigte auch die Zusammensetzung des nunmehr gewählten Dresdner Ratskollegiums, in welches jetzt entsprechend dem Wahlergebnis auch Politiker von LDP und CDU aufgenommen werden mußten, die zuvor gar nicht im Rat vertreten waren. Im Unterschied zum ersten, von der sowjetischen Stadtkommandantur ernannten Stadtrat, wurde dieser von der Stadtverordnetenversammlung gewählt, mußte sich im Anschluß daran allerdings ebenfalls von der sowjetischen Militärverwaltung bestätigen lassen. Der erste Dresdner Rat war allein von Kommunisten aufgestellt worden, auf seine Zusammensetzung hatten spätere Interventionen der anderen Parteien keinen Einfluß. Von zehn Ratsmitgliedern gehörten damals acht der KPD/SPD und zwei weitere keiner Partei an. Jetzt gingen der Kandidatur für die verschiedenen Dezernate Absprachen im „Block" voran.[119] Denen zufolge mußte die SED jeweils LDP und CDU paritätisch drei Ratssitze zugestehen, konnte jedoch für sich als stärkste Partei den Posten des Oberbürgermeisters beanspruchen. Der nunmehr erweiterte Rat bestand aus dem

---

[117] 1. Sitzung der Stadtverordneten, 25. 9. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 73).

[118] Referat Weidauers über die Gemeindeordnung, o. D. (StadtAD, Dezernat OB 123, Bl. 25 ff.).

[119] 2. Sitzung der Stadtverordneten, 10. 10. 1946 (StadtAD, Dezernat OB 1036, nicht paginiert).

Oberbürgermeister Walter Weidauer und seinem für die Versorgung und Ernährung zuständigen 1. Stellvertreter Otto Wagner, beide SED. Die weiteren SED-Ratsmitglieder waren der für das Bildungsressort zuständige Egon Rentzsch[120] und die Personalchefin Charlotte Dietrich, beide ehemals KPD. Mit dem Leiter des Zentralamtes Fritz Dobberke[121] und dem für die kommunalen Betriebe zuständigen Erich Barthel gehörten einschließlich Wagner insgesamt drei frühere Sozialdemokraten dem Stadtrat an. Der Wirtschaftsdezernent, der 2. Bürgermeister Friedrich Gruhler,[122] war ebenso wie der Leiter des Gesundheitsamtes Prof. Dr. Hans Hübner[123] und der Wohnungsamtsleiter Otto Weber[124] Mitglied der LDP. Der 3. Bürgermeister Martin Richter (Sozialamt) und der Stadtrat Arthur Müller[125] (Rechtsamt) waren CDU-Mitglieder. Auf Vorschlag der CDU blieb der bisherige parteilose Stadtkämmerer Erich Goslar[126] im Amt. Der Posten des Stadtbaurates konnte nach dem Tod des bisherigen Amtsinhabers Dr. Herbert Conert[127] noch nicht besetzt werden, das Vorschlagsrecht dazu lag bei der LDP. Die SED hatte lediglich drei Dezernate, das Wirtschafts-, das Gesundheits- und das Sozialamt, an LDP und CDU abgegeben, die anderen Ratssitze wurden durch eine Vergrößerung des Gremiums neu geschaffen.

Trotzdem hätte für CDU und LDP gemeinsam rein numerisch die Möglichkeit bestanden, bei Abstimmungen im Rat Beschlüsse der SED zu blockieren oder auch ihrerseits Beschlüsse gegen den Willen der SED durchzusetzen. Doch ebenfalls stimmberechtigtes Mitglied des Stadtrates war außerdem der Polizeipräsident

---

[120] Egon Rentzsch, 1915–1992, kaufmännische Lehre. 1930 KJVD, 1933–1936 und 1937–1939 KZ Sachsenhausen und KZ Buchenwald, wehrunwürdig, anschließend Lagerist und Monteur in Dresden. 1945 KPD, Leiter der Landesparteischule, 1946–1950 Stadtrat für Volksbildung. 1950–1953 Abteilungsleiter im ZK der SED, 1953/54 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock 1955–1959 Bundesvorstand des FDGB.

[121] Fritz Dobberke, geb. 3. 10. 1910, Druckermeister, SPD seit 1928, 1946 SED.

[122] Dr. Friedrich Gruhler, geb. 29. 8. 1890, Jurist, 1945 LDP, 1946–1948 Leiter des Gewerbeamtes und 2. Bürgermeister in Dresden, danach in einer Anwaltskanzlei in Dresden tätig.

[123] Prof. Dr. Hans Hübner, geb. 28. 2. 1877, 1923 DDP, 1912 Professor für Haut- und Geschlechtskrankheiten bis 1914 in Marburg, kriegsbeschädigt (rechte Hand), sozialärztlicher Dienst, Gutachterarzt im Versorgungsamt Leipzig, 1935 Entlassung aufgrund nationalsozialistischer Rassegesetze, bis 1944 Pensionär, danach Theresienstadt. 1945 LDP und Gutachter der Landesversicherungsanstalt Sachsen.

[124] Otto Weber, geb. 3. 2. 1881, Verwaltungsbeamter, 1919 DDP, 1945 LDP, in städtischen Diensten seit 1899, seit 1910 im Grundstücksamt, seit 10. 10. 1946 Grundstücksamtsleiter, Stadtrat.

[125] Arthur Müller, geb. 13. 4. 1879, 1908 DVP, Verwaltungsbeamter bei der Reichsbahn, 1945 CDU.

[126] Dr. Erich Goslar, 1903–1950, Banklehre und Jura-Studium, Referendar, 1933 aus dem Staatsdienst entlassen aufgrund nationalsozialistischer Rassegesetze, 2. Staatsprüfung 1945, parteilos.

[127] Dr. Herbert Conert, 1886–1946, Bauingenieur, seit 1922 in der Stadtverwaltung Dresden.

Max Opitz.[128] Die SED hatte sich im Stadtrat mit dem nicht gewählten, lediglich unter Zustimmung der sowjetischen Stadtkommandantur ernannten und kooptierten Polizeipräsidenten die Hälfte der Sitze gesichert, sie hielt an politisch relevanten Positionen wie dem Personalamt und dem Bildungsdezernat fest. Sie stellte zudem den bei Abstimmungen ausschlaggebenden Oberbürgermeister. Die Mehrheitsverhältnisse im städtischen Parlament ließen zwar eine Alleinherrschaft der SED nicht zu, im Gegenteil: Wollte sie nicht nur auf die Macht der sowjetischen Militäradministration gestützt regieren, mußte sie sich der partiellen Zustimmung von LDP oder CDU versichern. Sie würde demzufolge in der kommenden Zeit nicht ohne weiteres wie bisher über deren politische Vorstellungen hinweg regieren können, obwohl sie nach wie vor die Politik im Stadtrat dominierte. Öffentlich beteuerte sie ihren unveränderten Willen zur Zusammenarbeit.[129] Doch sie konnte unliebsame Politiker aus den Reihen von LDP und CDU, aber auch aus ihren eigenen, von der Militärverwaltung ablösen lassen. Aufgrund des sowjetischen Bestätigungsvorbehalts waren Risiken ausgeschlossen. Das alliierte Besatzungsstatut ermöglichte es der SMAD in ihrer Zone, demokratische Gestaltungsansätze zu beschneiden.[130]

Die politischen Interessen der „bürgerlichen" Parteien zwang die SED in das Korsett des „antifaschistisch-demokratischen Blocks", ihre ökonomischen in die entstehenden staatlichen Verteilungssysteme. Den erhobenen Führungsanspruch hatten die Kommunisten durchsetzen können im Zusammenschluß der Parteien zum „antifaschistisch-demokratischen Block" und in der erzwungenen Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Kommunisten beabsichtigten – begünstigt durch das Besatzungsregime – zu keiner Zeit, sich auf rechtsstaatliche Machtausübung festlegen zu lassen und Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. In ihrer Sicht stellten die Prozesse parlamentarischer Entscheidungsfindung unvorhersehbare und nicht zu beherrschende Risiken dar.[131] Und ihre Kader waren der Arbeit in den Parlamenten nicht gewachsen, wie Walter Weidauer schon kurz nach seiner Ernennung zum Dresdner Oberbürgermeister feststellen mußte. Er äußerte sich *höchst bestürzt über die Unzahl von Fehlern, die die neuen, gewählten Gemeindevertreter machen. Die Genossen verschandeln unsere Gesetze in einer Art, daß man jetzt am liebsten nicht mehr Oberbürgermeister sein möchte, sondern im Lande herumfahren würde und die Dinge reparieren*.[132]

---

[128] Max Opitz, 1890–1982, Tischler, ab 1919 KPD, verschiedene Funktionen, 1933 illegal, 1933–1945 Haft. 1945–1949 Polizeipräsident Dresden, 1949–1951 Oberbürgermeister von Leipzig, 1951–1960 Chef der Präsidialkanzlei und Staatssekretär beim Präsidenten der DDR.

[129] 2. Sitzung der beratenden repräsentativen Körperschaft, 3. 8. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 52).

[130] Vgl. Wolfgang BENZ, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, 3. Auflage, München 1994, S. 68 ff.

[131] Vgl. HURWITZ (wie Anm. 7), S. 312.

[132] SED-Sitzung, 22. 10. 1946 (StadtAD, Dezernat OB 993, Bl. 256).

4. Die parlamentarische Arbeit 1947

Nun kam es darauf an, die auf der Seite von LDP und CDU vorhandene Bereitschaft zum Konsens in temporäre Koalitionen einzubinden. Die SED mußte in dieser fragilen parlamentarischen Konstellation eine gemeinsame Opposition dieser beiden Parteien gegen ihre Politik verhindern. Die Blockpolitik stellten LDP und CDU nicht in Frage. Verschiedene ihrer Politiker zogen die Teilhabe an der Macht einer ungewissen Opposition vor.[133] Mit ihrer Hilfe konnte die SED jedenfalls rechnen, wenn es galt, „Abweichler" auf „Block-Kurs" zu halten. Im sächsischen Landtag verfügte die SED über eine Stimmenmehrheit, in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung nicht. Hier wandte sie ein Konzept des gegenseitigen Ausspielens der „bürgerlichen" Parlamentarier an, das erst später seine Grenzen fand, als die SED sich zu offensichtlich über die parlamentarischen Gepflogenheiten hinwegsetzte.

Personalpolitische Auseinandersetzungen belasteten die Bereitschaft zum Konsens. Nach Ende 1946 kam die Kontrollratsdirektive Nr. 24 auch in der SBZ zur Anwendung und die Personalabteilungen entließen noch verbliebene ehemalige NSDAP-Mitglieder aus den Verwaltungen. Die freigewordenen Positionen besetzte die SED mit ihren Anhängern. Interventionen „bürgerlicher" Politiker zugunsten ihrer Anhänger blieben meist erfolglos. Als die SMAD im August 1947 mit dem Befehl Nr. 201, der die letzte Phase der Entnazifizierung in der SBZ einleitete, erstmals für das gesamte Besatzungsgebiet verbindliche „Richtlinien" herausgab,[134] hofften viele auf eine Revision der willkürlich vorgenommenen Entlassungen.

Der sowjetische Befehl 201 schien auf Forderungen einzugehen, die von LDP und CDU seit längerer Zeit erhoben wurden. Sie hatten immer wieder auf die zu harte Behandlung wenig belasteter NSDAP-Mitglieder hingewiesen und darauf, daß vorgebrachte Anschuldigungen häufig Neid und Mißgunst entsprangen und einer sorgfältigen Nachprüfung nicht standhielten. Eben diese Sorgfalt hatten sie eingefordert, weil die von der SED dominierten Entnazifizierungsgremien stets zugunsten von SED-Anhängern entschieden und gerade in Eigentumsfragen oder bei der Besetzung von Arbeitsplätzen die Entnazifizierung sichtbar als Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen eingesetzt hatten. Mit Befehl 201 schien es, als sollten die allzu eifrig entnazifizierenden deutschen Kommunisten von den sowjetischen Kommunisten gebremst werden. Das war ein, freilich beabsichtigtes, Mißverständnis.

Die SMAD wollte keineswegs bisherige Personalentscheidungen zugunsten von CDU und LDP korrigieren, sondern lediglich ihre eigene und die Position der SED in den Entnazifizierungskommissionen stärken. Darüber hinaus war mit der Zentralisierung der Befugnisse innerhalb einer einzigen Kommission auf Landes-

---

[133] Sitzung der Konstituierenden Versammlung 27. 7. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 5 ff.).

[134] VOLLNHALS (wie Anm. 7), S. 51.

ebene die bessere Kontrolle der Entscheidungen möglich. Bisher hatten die Landesentnazifizierungskommissionen als Kontroll- und Revisionsinstanz fungiert und die Entscheidungen an die jeweilige Militärregierung des Landes zur Überprüfung weitergereicht,[135] jetzt waren sie neben der SMA die einzige Entnazifizierungsinstitution.

Die im Zusammenhang mit der Entnazifizierung von Vertretern aus CDU und LDP artikulierten differenzierten politischen Vorstellungen traten auch in anderen Politikbereichen hervor. Allerdings stellte die durch Auswirkungen des harten Winters 1946/47 verschärfte extreme Notlage besondere Herausforderungen an parlamentarische Gremien wie öffentliche Verwaltungen. Das Vorgehen der SED bei der Durchsetzung ihrer Machtansprüche, aber auch wie sie die Not politisch instrumentalisierte, soll anhand von zwei herausgegriffenen Problemfeldern dargestellt werden, der Auseinandersetzung um die Rückgabe der Treuhand-Betriebe, einer Hypothek aus dem „Volksentscheid", und dem Skandal um die kommunistische Personalpolitik im Ernährungsamt.

Bereits Ende November 1946 begann eine Auseinandersetzung im Rat der Stadt und in der Stadtverordnetenversammlung um 180 kleine und kleinere Betriebe. Diese waren im Verlauf des Jahres 1945 unter Treuhandschaft gestellt worden, jedoch nicht von den Bestimmungen des Volksentscheids zur entschädigungslosen „Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher" am 30. Juni 1946[136] betroffen gewesen und hätten laut Anweisung der Landesverwaltung noch vor dem Volksentscheid an ihre Eigentümer zurückgegeben werden müssen.[137] Der kommunistische Wirtschaftsdezernent Pollack hatte die Verfahren zur Betriebsüberprüfung im Sommer 1945 ursprünglich in der Absicht der Sozialisierung der Betriebe begonnen und dann im Juni 1946 die Rückgabe der betreffenden Betriebe angewiesen. Sein liberaldemokratischer Nachfolger Gruhler stellte bei der Übernahme des Amtes fest, daß die Mehrzahl der Betriebe noch immer unter treuhänderischer Verwaltung stand. Er leitete umgehend die notwendigen Schritte ein.[138]

Gruhler durfte bei der bestehenden Rechtslage in jedem Fall von einem definitiven Ende der bestehenden Treuhandschaften ausgehen und kündigte sie: Erwiesen sich die Besitzer der Betriebe bei einer Überprüfung nach den Kriterien der bestehenden Entnazifizierungsvorschriften als unbelastet, erhielten sie ihr Eigentum zurück. Bei einer Verstrickung in den Nationalsozialismus müßten sie den Betrieb verkaufen, weil sie zwar nicht nach SMAD-Befehl Nr. 124 zu enteignen waren, aber laut Ratsanordnung über die *Ersetzung politisch nicht tragbarer Betriebsführer* nicht wieder in einer leitenden Wirtschaftsposition arbeiten durften.[139]

---

[135] Ebd., S. 49 ff.

[136] NAIMARK (wie Anm. 7), S. 218 ff.

[137] HALDER (wie Anm. 7), S. 605.

[138] 4. Sitzung der Stadtverordneten, 21. 11. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 145).

[139] Anordnung des Rates zu Dresden über das Verfahren zur Betriebsüberprüfung, 2. 10. 1945 (StadtAD, Dezernat WA 82, Bl. 1/2).

Der Kommunist Pollack hatte bei der Übergabe der Amtsgeschäfte die entsprechenden Listen zurückgehalten. Ehe Gruhler die komplizierte Situation überschaute, hatte er unter anderen auch Kündigungsschreiben in Betriebe gesandt, die der sowjetischen Besatzungsmacht unterstanden.[140] Weidauer wiederum kannte die Brisanz der Materie. Er war, versorgt mit genauen Informationen, auch informiert über die Verschleppung der Rückgabe der Betriebe. Die Anweisung zur Rückgabe der vom Volksentscheid nicht betroffenen Betriebe war seinerzeit vor dem Volksentscheid erfolgt in der Befürchtung einer ungünstigen Stimmungslage, die sich nachteilig auf das Abstimmungsergebnis auswirken könnte.[141] Weidauer beschuldigte Gruhler, mit den Kündigungsschreiben die Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht zu gefährden. Die SED verlangte nun von den Stadtverordneten, die Annullierung der Kündigungen zu beschließen.[142]

Mit ihrer Strategie, die eine Partei von der anderen zu isolieren, sowie dem unverhohlenen Drohen mit Sanktionen der Besatzungsmacht, konnte die SED einen Mehrheitsbeschluß der Stadtverordneten in ihrem Sinn herbeiführen. Sie setzte das Gremium mit einem Dringlichkeitsantrag unter Druck und verlangte eine sofortige Entscheidung. Gruhler mußte ebenso wie die liberale Wirtschaftspolitik eine Niederlage hinnehmen, sämtliche Kündigungen zurückziehen und durch den Gewerbeausschuß der Stadtverordnetenversammlung überprüfen lassen. Zwar gelang es Gruhler wenige Tage später, Weidauer eine gezielte Intrige nachzuweisen. Dieser hatte den liberalen Politiker bei den sowjetischen Dienststellen verleumdet und mit seinen Lügen eine öffentliche Kampagne gegen Gruhler und die LDP inszenieren wollen.[143] Doch die einmal getroffene Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung konnte nicht widerrufen werden. Der Gewerbeausschuß bearbeitete in aufreibenden Einzelfalldiskussionen jeden Betrieb, was sich weit über den Herbst des Jahres 1947 hinaus hinzog. Die Rückgabeverfahren überschnitten sich mit den laufenden Entnazifizierungsmaßnahmen in der Wirtschaft und die Entnazifizierungskommissionen hoben zahlreiche Entscheidungen des Gewerbeausschusses wieder auf.[144]

Die Einmischung der sowjetischen Stadtkommandantur im Sommer 1947 vergrößerte die bereits bestehende Orientierungslosigkeit. Sie wies in einer Besprechung mit Vertretern der Stadtverwaltung noch vor Erlaß des Befehls Nr. 201 die deutschen Behörden an, denjenigen Betriebsinhabern die Betriebe zurück-

---

[140] 4. Sitzung der Stadtverordneten, 21. 11. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 144).

[141] HALDER (wie Anm. 7), S. 607 ff.

[142] 4. Sitzung der Stadtverordneten, 21. 11. 1946 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 150).

[143] Schreiben Gruhlers an Dr. Thürmer, 14. 12. 1946 (ADL, Bestand LDPD Landesverband Sachsen, L5-365, nicht paginiert).

[144] Schreiben Gruhlers an Oberbürgermeister Weidauer, 3. 3. 1947 (StadtAD, Dezernat WA 82, Bl. 59).

zugeben, *die sich während der letzten Zeit durch fleißige Mitarbeit am Neuaufbau beteiligt* hätten.[145] In anderen Fällen wiederum sollten die Betriebe den Inhabern nicht zurückgegeben werden, sondern die Treuhänder ihnen lediglich den Verkaufspreis auszahlen.[146]

Gruhler sah sich Angriffen von allen Seiten ausgesetzt und immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, er treibe die „Renazifizierung" voran. Im Spätsommer 1947 erschienen in der Stadt anonyme Plakate, auf denen er beschuldigt wurde, ehemaligen „aktiven" Nazis die Geschäfte zurückzugeben. Die SED-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung weigerte sich hierauf, dem Wirtschaftsdezernenten das von der LDP im Hinblick auf die ungerechtfertigten Anwürfe geforderte Vertrauen auszusprechen, obwohl es der Vorstand der Stadtverordneten, der hierin einem Schreiben des Rates folgte, in einer vorbereiteten Erklärung empfahl.[147] Damit erreichte die Auseinandersetzung um die Rückgabe der Betriebe ihren Höhepunkt und die sich hieraus ergebende Grundsatzdiskussion über die Blockpolitik führte beinahe zum Eklat. Die Sitzung der Stadtverordneten mußte unterbrochen werden und anschließend erklärte der LDP-Abgeordnete Mischnick, seine Partei müsse die von der SED geschaffene völlig neue Situation erst gründlich beraten. Nach Ansicht der LDP verlasse die SED die Grundlagen einer gemeinsamen Blockpolitik, wodurch eine ganz andere Lage entstünde. Da sie in der kurzen Frist keinen einhelligen Standpunkt finden könne, sehe sich die LDP-Fraktion gezwungen, den Tagesordnungspunkt von der für Montag geplanten Blocksitzung absetzen zu lassen. Schön ging seinerseits zum Angriff über und beschuldigte die LDP, die Blockpolitik aufs Spiel zu setzen und drohte ihr Konsequenzen an. Wie in allen anderen Fällen hätte auch dieser Antrag vor seiner Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung im „Block" abgesprochen werden sollen. Da dies unterblieben sei, könne man nicht von einem Verschulden der SED sprechen.

Nach einer erneuten Unterbrechung bedauerte Mischnick, daß sein voriger Beitrag so mißverständlich aufgefaßt worden sei. Man habe ihn wohl falsch verstehen wollen,[148] es gehe um die Klärung der strittigen Frage, was das Wort „Renazifizierung" bedeute. Damit werde die Arbeit des gesamten Ausschusses diskreditiert, einschließlich aller Mitglieder von LDP, CDU und SED. Auch der

---

[145] Schreiben Gruhlers an das Gewerbeamt, 6. 8. 1947 (ebd., Bl. 76).

[146] Schreiben Gruhlers an den Stadtkommandanten Oberst Juschkow, 1. 9. 1947 (ebd., Bl. 79).

[147] 14. (20.) öffentliche Sitzung, 26. 9. 1947 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 376 ff.).

[148] Mischnick schrieb später, das Protokoll jener Sitzung habe die SED gefälscht und dahingehend abgeändert, daß die schwerwiegenden Angriffe gegen Gruhler und ihn abgemildert oder völlig gestrichen wurden, und somit ein völlig falscher Eindruck entstand. Der LDP-Fraktionsvorsitzende Thürmer, selbst nicht anwesend auf besagter Sitzung und kein Zeuge der Vorfälle, unterschrieb das Protokoll. Wolfgang MISCHNICK; Von Dresden nach Bonn. Erlebnisse – jetzt aufgeschrieben, Stuttgart 1991, S. 167.

CDU-Fraktionsvorsitzende Mager setzte sich für Gruhler ein: Wer heute beschuldigt werde, *irgendwie die Nazisten, ganz gleich in welcher Art, zu unterstützen oder irgendwie zu bevorteilen, muß aus der öffentlichen Verwaltung ausgeschaltet werden. Soweit geht das, wenn man den Anwürfen, die erhoben worden sind, nachgehen wollte, und ich glaube, soweit ist es wohl nicht gedacht gewesen. Wir können Meinungsverschiedenheiten haben über den Weg der Kommunalisierung, der Privatisierung, der Überlassung von Betrieben an den oder jenen, aber wir dürfen die Sache nie mit hineinziehen in das Problem Nazismus oder Antinazismus.* Nicht Gruhler habe, wie es der SED-Antrag beabsichtige, Rechenschaft abzulegen, denn er führe nur die Beschlüsse des Gewerbeausschusses aus. Der Ausschuß selbst müsse über seine Arbeit berichten.[149]

Mager hatte die Sache auf den entscheidenden Punkt gebracht. Die SED wollte mit ihrer Polemik über die Arbeit des Gewerbeamtes dessen Leiter und die Politik der LDP diskreditieren und die Entnazifizierung für ihre Sozialisierungspläne instrumentalisieren. Sie setzte in der parlamentarischen Diskussion gezielt Reizworte ein, um ihre Gegner in die Defensive zu treiben, überzog allerdings dabei und bewirkte einen Solidarisierungseffekt von CDU und LDP in der Stadtverordnetenversammlung. Da die von den Entscheidungen des Gewerbeausschusses betroffenen Treuhänder bekanntermaßen Mitglieder oder Sympathisanten der SED waren, lag außerdem der Verdacht nahe, die Kampagne könnte, wenn nicht geplant, so doch kommunistisch inspiriert gewesen sein. In der Frage der Rückgabe der Betriebe hatte auch nach dem Inkrafttreten des Befehls Nr. 201 der SMAD vom August 1947, der die einheitliche Entnazifizierung anvisierte, keine rasche Klärung herbeigeführt werden können. Ihre Rückgabe verzögerte sich ein weiteres Mal. Anfang Oktober war noch immer die Situation von mehr als 50 Betrieben ungeklärt, von den 186 Betrieben hatte der Gewerbeausschuß nur 130 abschließend behandelt.[150] Die endgültige Klärung der Frage ging schließlich im allgemeinen Abschluß der Entnazifizierungsverfahren im Frühjahr 1948 unter. Die Position des liberalen Dezernenten Gruhler aber war nachhaltig beschädigt.

Die Personalaffäre im Ernährungsamt bewegte seit Anfang 1947 die Dresdner Öffentlichkeit. Einer der Abteilungsleiter des städtischen Ernährungsamtes, Karl Decker, Mitglied der SED, war unter dem Verdacht der Verschiebung von Lebensmitteln verhaftet worden. Viele hungernde Menschen, die grundsätzlich der Verwaltung skeptisch gegenüberstanden und ihr generell persönliche Vorteilsnahme unterstellten, betrachteten dies als einen Skandal, der die öffentlichen Verlautbarungen der SED konterkarierte. Der rasche Parteiausschluß Deckers beruhigte die Öffentlichkeit nicht, CDU und LDP griffen die kritischen Stimmen auf und verlangten im Rat wie im Blockausschuß eine umfassende Aufklärung des Falles.

---

[149] 14. (20.) öffentliche Sitzung, 26. 9. 1947 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 379 ff.).

[150] 15. (21.) öffentliche Sitzung 9. 10. 1947 (ebd., Bl. 400).

Bürgermeister Wagner (SED), der unmittelbare Vorgesetzte Deckers, gab eine Erklärung in der Stadtverordnetenversammlung ab: Der Abteilungsleiter des Haupternährungsamtes habe Befehle von Dienststellen der Roten Armee gefälscht und die so bezogenen Nahrungsmittel teilweise für den persönlichen Bedarf verbraucht oder über Mittelsmänner auf dem Schwarzen Markt verschoben. Wagner erklärte, Decker sei der Alleinschuldige und keine weitere Amtsperson in den Fall verwickelt. Damit wollte Wagner die Angelegenheit auf sich beruhen lassen. Die LDP beantragte jedoch eine Verweisung in den Verwaltungsausschuß, *um zu überprüfen, ob alle Maßnahmen ergriffen wurden, um solche Dinge in Zukunft zu vermeiden*.[151]

Decker wurde in einem rasch anberaumten Prozeß wegen Unterschlagung zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Stadtverordneten hatten nach den abschließenden Erklärungen von Verwaltungs- und Ernährungsausschuß auch den verantwortlichen Bürgermeister Wagner entlastet.[152] Doch die anhaltende Beunruhigung der Dresdner Bevölkerung veranlaßte die LDP, die Einsetzung eines Untersuchungssauschusses zu beantragen. Der Ausschuß sollte insbesondere aufklären, wie der mehrfach vorbestrafte Decker in ein so wichtiges Amt gelangen konnte und wer dafür die Verantwortung trug.[153] Denn inzwischen war bekannt geworden, daß der insgesamt achtzehnmal vorbestrafte Decker drei Jahre im Zuchthaus verbrachte hatte, gewiß kein Bagatellfall. Die Verantwortlichkeit des Personalamtes war jedoch von besonderer Brisanz, weil dessen damaliger Leiter, der KPD-Mann Arthur Kunath,[154] inzwischen bei der Landesregierung arbeitete wie auch der frühere Personalreferent im Amt für Handel und Versorgung. Die SED war um Schadensbegrenzung bemüht, ihre Aufrufe zu ständiger Wachsamkeit und schärfster Kontrolle beeindruckten die hungernden Dresdner längst nicht mehr. Die alarmierte Öffentlichkeit blieb mißtrauisch, wozu die anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten das Ihrige beitrugen. Darum konnte die SED-Fraktion im Juli 1947 die Einsetzung des Untersuchungsausschusses nicht verhindern, ihre Glaubwürdigkeit stand auf dem Spiel.[155] Dieser Ausschuß legte ein halbes Jahr später, Anfang 1948, der Stadtverordnetenversammlung seinen Abschlußbericht vor.[156]

---

[151] 3. (9.) öffentliche Sitzung, 13. 2. 1947 (ebd., Bl. 225).

[152] 13. (19.) öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, 31. 7. 1947 (ebd., Bl. 338f.).

[153] Vgl. Abschrift aus der Zeitung „Neue Zeit" vom 26. 7. 1947 (StadtAD, Dezernat OB 144, Bl. 254).

[154] Arthur Kunath, 1890–1956, Volksschule, Metallarbeiter, 1909 SPD, seit 1921 KPD, Funktionär im Dresdner Sachsenwerk. Nach illegaler Arbeit Verhaftung 1933, mehrere Monate „Schutzhaft" und Zuchthaus. Nach dem 8. Mai 1945 stellvertretender Leiter der Bezirksverwaltung III, seit Juli Personalchef und Stadtrat in Dresden. 1946 bis 1948 Personalreferent der Landesverwaltung Sachsen im Gesundheitswesen.

[155] Vgl. Abschrift aus der „Sächsischen Zeitung" vom 31. 7. 1947 (ebd., Bl. 257).

[156] 2. (27.) öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, 29. 1. 1948 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 575 ff.).

Die lange Frist ist erstaunlich, denn der Untersuchungsausschuß erklärte bereits im September 1947 seine Tätigkeit für abgeschlossen. Nach dreizehn Anhörungen hatten die Abgeordneten ihre Ergebnisse vorlegen können: Decker war im September 1945 in der Zeit der ersten Ernährungskrise mit einem von ihm vorgelegten einwandfreiem Lebenslauf eingestellt worden, seine organisatorischen Fähigkeiten hatte er in der Folgezeit überzeugend bewiesen. Erst im Juli 1946 hatte das städtische Personalamt die Personaldienststellen der Dezernate angewiesen, Strafregisterauszüge der Angestellten beizuziehen. Allerdings, so stellte der Ausschuß fest, war bereits im Frühjahr 1946 bekannt geworden, *daß sich unter den Angestellten der Stadt Dresden kriminell vorbestrafte Elemente befanden*. Das habe damals den Oberbürgermeister veranlaßt, vom Leiter des Personalamtes entsprechende Maßnahmen zu fordern. Der Untersuchungsausschuß bezeichnete es als eine schwere Pflichtverletzung des Personalamtes, daß trotzdem die Anforderung von Strafregisterauszügen verschleppt wurde.[157]

Die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Untersuchungsausschusses waren eindeutig: Im Personalamt wie in der Personaldienststelle des Versorgungsdezernates hatte politische und gewerkschaftliche Arbeit zur Vernachlässigung der eigentlichen Personalarbeit geführt. Die Angestellten des Personalamtes waren besonders infolge der Entnazifizierung, aber auch wegen der unzureichenden Büroausstattung nicht in der Lage gewesen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ihre Verfehlungen wurden als schwere Pflichtversäumnisse gerügt.[158] Der Ausschuß stellte hinsichtlich des ehemaligen Personalstellenleiters des Amtes für Handel und Versorgung fest: *Er wäre, wenn er noch Angestellter des Rates zu Dresden sein würde, für seinen Posten als untragbar anzusehen. Der Ausschuß empfiehlt, diese Feststellung seiner derzeitigen Dienstbehörde, der Landesregierung, mitzuteilen*. Doch damit nicht genug, verlangte der Ausschuß die Entlassung der derzeitigen Personaldezernentin Charlotte Dietrich, zumindest einen Verweis für sie. Sie habe *ihre ganze Tatkraft in der politischen Bereinigung gezeigt* und die *kriminelle Bereinigung* vernachlässigt. Noch Ende 1946 hätten bei dem größten Teil der städtischen Angestellten keine Strafregisterauszüge vorgelegen. Doch in erster Linie sei der zuständige Stadtdirektor im Personalamt für die *gröbliche Pflichtversäumnis verantwortlich* und daher *völlig untragbar. Seine weitere Beschäftigung bei der Stadt Dresden wäre, wenn überhaupt, nur in einer Stellung mit wesentlich geringerer Verantwortung möglich. Für Stadtrat a.D. Kunath würde etwa das Gleiche gelten [...], wenn er noch in städtischen Diensten wäre. Daß er nicht so unmittelbar mit der Erledigung der einschlagenden Arbeiten vertraut ist, wird ausgeglichen durch seine noch größere Verantwortung als dama-*

---

[157] Tatbestand September 1947, o. D. (StadtAD, Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung 4, Bl. 96-103).

[158] Ebd., Bl. 100.

liger Dezernent des Personalamtes. Der Ausschuß schlägt vor, diese Feststellung seiner jetzigen Dienstbehörde, der Landesregierung Sachsen, mitzuteilen.[159]

Diese Empfehlungen des Untersuchungsausschusses erklären, wozu die weiteren Sitzungen notwendig geworden waren: Es wurden keine weiteren Zeugen angehört und keine neuen Erkenntnisse gewonnen, das Ergebnis war politisch unerwünscht und demzufolge eine politische Intervention erforderlich. Weidauer erläuterte Stadtverordnetenvorsteher Dölitzsch, daß er vom Justitiar der Landesregierung Dr. Geyer folgende Mitteilung erhalten habe: Der Untersuchungsausschuß fordere Strafprozeßakten an, er vernehme die untersuchenden Kriminalbeamten und beanspruche die gleichen Rechte wie die Landtagsuntersuchungsausschüsse. Dies werde bestätigt durch das Sitzungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 31. Juli 1947, diese habe dem Ausschuß alle Rechte der Strafprozessordnung eingeräumt. *Die Landesregierung steht auf dem Standpunkt, daß von Gemeindeparlamenten, ganz gleich, ob es sich um eine Großstadt oder eine kleine Gemeinde handelt, diese Rechte nicht in Anspruch genommen werden können, da sie nach der Verfassung nur der Justiz bzw. der Polizei vorbehalten sind. Als Ausnahme sind lediglich die Untersuchungsausschüsse beim Landtag ausdrücklich in der Verfassung verankert. Ich bin deshalb vom Herrn Justitiar aufgefordert worden, so weit der Untersuchungsausschuß diese Rechte für sich in Anspruch nimmt, Einspruch einzulegen, da diese Maßnahmen als ungesetzlich angesehen werden.*[160] Die rechtliche Stellung eines kommunalen Untersuchungsausschusses war ungeklärt geblieben. Weidauer, federführend an der Ausarbeitung der sächsischen Gemeindeordnung beteiligt, hatte die Rechtsabteilung der Landesregierung über die Schwachstellen informiert. Ihm muß die schrankenlose Ausweitung der Untersuchungsmöglichkeiten von Anbeginn ein Dorn im Auge gewesen sein. Schließlich war der ehemalige städtische Personalamtsleiter und jetzige Mitarbeiter der Landesregierung Arthur Kunath eine der Schlüsselpersonen in der Untersuchung des Falles. Aber ehe Weidauer wirkungsvoll die Ermittlungen unterbinden konnte, hatte der Untersuchungsausschuß seine Arbeit faktisch beendet.

Eine offizielle Mitteilung über die tatsächlichen Schlußfolgerungen aus der Untersuchung durfte natürlich niemals an die Öffentlichkeit gelangen. Die Angestellten des Personalamtes hatten ihre Aufgaben vernachlässigt wegen der Erledigung *dringender termingebundener Arbeiten*[161] und die Anforderung der Strafregisterauszüge versäumt, weil die Durchführung der Entnazifizierungsbestimmungen der Besatzungsmacht mit ständig neuen politischen Überprüfungen dringlicher war. Davon durfte trotz einer deutlichen Kritik nicht die Rede sein im

---

[159] Ebd., Bl. 103.

[160] Brief des Oberbürgermeisters Weidauer an den Vorstand der Stadtverordneten zu Dresden, 11. 9. 1947, (ebd., Bl. 121).

[161] 2. (27.) öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, 29. 1. 1948 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 576).

veröffentlichten Abschlußbericht. Er stellte eine nachlässige Amtsführung des damaligen Personalstellenleiters des Amtes für Handel und Versorgung fest, kritisierte auch das Personalamt, doch lediglich allgemein wegen Versäumnis seiner Aufsichtspflicht. Auch für Maßnahmen gegen den Leiter des Amtes für Handel und Versorgung, Otto Wagner, fand der Untersuchungsbericht keinen Grund. Alle hätten ihre Pflicht getan und nur die Presse habe maßlos übertrieben bei ihrer Schilderung von Korruption und Bestechlichkeit. Der Grund für die im Vergleich zu den Feststellungen vom September merkwürdig verblaßte Abschlußerklärung der Untersuchungskommission ist in einem massiven politischen Druck zu sehen, dem alle Beteiligten seither ausgesetzt waren. Die Rechtsabteilung der sächsischen Landesregierung hatte Weidauer nicht allein ermächtigt, die von ihr für *ungesetzlich* erklärte Arbeitsweise des Untersuchungsausschusses zu unterbinden, sondern sich auch vorbehalten, *ihrerseits die notwendigen Schritte gegen die ihr unterstellten Dienstbehörden* einzuleiten.[162]

Allerdings war der Untersuchungsausschuß Teil der Legislative und somit keine der Administration unterstellte „Dienstbehörde", doch die Unterstellung der Stadtverordneten unter die Aufsicht des Landtags schränkte seine Unabhängigkeit ein. Eine Verfügung der Regierung, so hatte die Rechtsabteilung des Innenministeriums dezent wie nachdrücklich angekündigt, werde die Kreise und Gemeinden entsprechend informieren. Die hier praktizierte Vorgehensweise im Fall des Versorgungsdezernenten Wagner, der ja als Vorgesetzter des Personalreferenten in seiner Dienststelle für dessen Verfehlungen verantwortlich war, unterschied sich diametral von der im Fall Gruhlers. Die Affäre eignete sich nicht für lautstarkes Getöse, weil mit Kunath und dessen Amtskollegen wichtige Funktionäre der SED betroffen waren, die geschützt werden mußten, um die Partei zu schützen. Zum anderen ging es wieder um die Praxis der Entnazifizierung, von der aber in diesem Fall nichts an die Öffentlichkeit dringen sollte, weil das Einblicke gestattet hätte in die Praxis der Diktaturdurchsetzung. Die Entnazifizierung im Bereich der Sozialisierungen brachte öffentlichkeitswirksam propagandistischen Nutzen, die hinsichtlich von Kaderpolitik praktizierte Entnazifizierung sollte geheim bleiben. Darum hatte die SED wegen des bestehenden öffentlichen Interesses auch bereitwillig der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zugestimmt. Der konnte zwar unangenehme Interna an das Tageslicht bringen, war aber seinerseits während der laufenden Untersuchungen zu Schweigen verpflichtet. Den Rahmen der Untersuchung glaubte man rechtzeitig eingrenzen zu können. Nun lagen die Ergebnisse des Ausschusses bereits früher als erwartet vor, konnten aber in anschließenden Verhandlungen mit den Mitgliedern des Ausschusses unterdrückt werden. Die waren praktisch im Untersuchungsausschuß gefangen, abgeschnitten von der Öffentlichkeit fehlte den Abgeordneten Rückhalt. Auch in

---

[162] Brief des Oberbürgermeisters Weidauer an den Vorstand der Stadtverordneten zu Dresden, 11. 9. 1947, (StadtAD, Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung 4, Bl. 121).

diesem Fall wirkte ein „Mechanismus der Mäßigung“, weil die Parteiführungen von CDU und LDP die Beziehungen zur SMA nicht belasten und ihre Mitglieder schützen wollten. Die Blockpolitik mit ihrer Konsensverpflichtung wirkte wie eine Falle. Das Ende des Konfliktes fällt ebenso wie die Auseinandersetzung mit Gruhler in zeitliche Nähe zum offiziellen Abschluß der Entnazifizierung in der SBZ im Frühjahr 1948.

Die Politik der SED war nicht einfach die Summe von Reaktionen auf die Not eines Landes, das einen verbrecherischen Krieg bis an den Rand der eigenen Vernichtung geführt hatte und nun schrittweise versuchen mußte, das selbstverschuldete Elend zu überwinden. In ihrer Politik zeigten sich strukturelle Defizite, im Vordergrund standen stets ihre machtpolitischen Interessen. Die SED mußte versuchen, die Not zu überwinden, um überhaupt Unterstützung für ihre Politik zu finden. Doch ihre Bemühungen galten der Sicherung von Machtpositionen. Die politischen Auseinandersetzungen, die sich in Dresden wie auch in anderen Orten der Sowjetischen Besatzungszone abspielten, wurden vor dem Hintergrund eines weltweiten Konflikts ausgetragen. Der ohnehin brüchige Konsens der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition mündete in den Jahren 1946-1948 in die Konfrontation des Kalten Krieges und entschied die offene Deutschlandfrage vorläufig zugunsten der Spaltung. Die internationalen Ost-West-Spannungen nahmen 1947 unübersehbar zu: Die „Truman-Doktrin“, das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz sowie die Verkündung des unter dem Namen Marshall-Plan in die Geschichte eingegangenen European Recovery Program (ERP) fanden ihre Entsprechung in der Gründung der Kominform und schlugen sich im Dezember in offenen Mißtönen auf dem Londoner Treffen der Außenminister nieder.

Der Abbruch der Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947 hatte wie überall auch die Menschen in Dresden enttäuscht, die nicht zuletzt aufgrund der SED-Propaganda auf einen Erfolg und eine Verbesserung ihrer Lage gehofft hatten.[163] Die Welt polarisierte sich und im September 1947 fand der 2. Parteitag der SED statt. Grotewohl und Ulbricht grenzten sich scharf ab von der amerikanischen und britischen Politik, dem Marshall-Plan und der Entwicklung in den Westzonen, und sie banden die kommunistische Partei enger an die Sowjetunion. Für eine innenpolitische Polarisierung sorgte der gesamtdeutsche Vorstoß der SED im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zu dem von ihr kurzfristig für Dezember anberaumten 1. Deutschen Volkskongreß. Innerhalb von CDU und LDP eskalierten im Herbst 1947 die Auseinandersetzungen. Viele ihrer Funktionäre waren nicht länger bereit, sich für die schrittweise Umwandlung der SBZ in einen volksdemokratischen deutschen Teilstaat innerhalb des sowjetischen Hegemonialbereichs vereinnahmen zu lassen. Sie standen dem Gedanken einer gesamtdeutschen Repräsentation positiv gegenüber, fürchteten aber die Schädigung des

[163] Informationsbericht des Nachrichtenamtes 20.–26. 4. 1947, 28. 4. 1947 (StadtAD, Dezernat OB 1039, Bl. 13–17).

Einheitsgedankens, denn der Westen wertete die kommunistische Initiative als Versuch, die Führungsrolle der SED auf die westlichen Besatzungszonen auszudehnen.[164] In der LDP war der Konflikt bereits auf deren 2. Parteitag im Juli offen zu Tage getreten: Der Berliner Landesverband hatte dem Parteivorsitzenden Dr. Wilhelm Külz eine opportunistische Haltung gegenüber der SED vorgeworfen.[165] Der sächsische Landesparteitag der LDP ersetzte dann im Oktober 1947 die bisherige Parteiführung der Landes-LDP mit Personen, die für eine weniger kompromißbereite Politik standen. Einer der beiden designierten stellvertretenden Vorsitzenden durfte allerdings sein Amt auf das Veto der SMA hin gar nicht erst antreten – der Dresdner Stadtverordnete Wolfgang Mischnick.[166] Den Richtungsstreit in der CDU markierte die Absetzung ihrer Parteivorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer im Dezember durch die SMAD.[167]

5. Der Beginn der offenen Konfrontation 1948

Mit der außenpolitischen Konfrontation korrespondierte die schrittweise Erosion demokratischer Strukturen. In einer nichtöffentlichen Sitzung war den Stadtverordneten der Parteiausschluß von Arno Wend und sein Ausscheiden aus der Fraktion der SED bekannt gegeben worden. Doch das Mandat konnte ihm nicht entzogen werden, das gestattete die Verfassung des Landes Sachsen nicht. Da ein Mandat aber nur innerhalb einer Fraktion wahrgenommen werden konnte, schloß sich Wend der CDU-Fraktion an.[168] Das veränderte die Konstellation grundlegend, denn nun war der bisher schon schwache, hauptsächlich auf dem Konzept „Teile und Herrsche" beruhende Machtanspruch der SED fragwürdig geworden. Die in die Defensive gekommene Partei reagierte zunehmend aggressiv.

1948 erfolgte eine Ausweitung und Festigung des sowjetischen Einflusses: Im Februar kamen in Prag die tschechoslowakischen Kommunisten an die Macht; im März zog die Sowjetunion aus dem Alliierten Kontrollrat aus und reagierte auf die Währungsreform in den Westzonen mit der Berlin-Blockade.[169] Die verschärfte Konfrontation entband die SED bei ihrer Ostorientierung zunehmend von jeder Rücksichtnahme auf den Westen. Sie beanspruchte nun, die marxistisch-leninisti-

---

[164] BODE (wie Anm. 7), S. 89 u. S. 97.

[165] Ulrich MÄHLERT, Liberale Jugendarbeit in der SBZ und DDR von 1945–1952, in: Liberale Jugend in Ostdeutschland, hrsg. von Tom STEINBORN, Ivo KLATTE, Dresden 1994, S. 7–29, S. 17.

[166] Gerhard PAPKE, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: „Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, hrsg. von Jürgen FRÖLICH, Köln 1994, S. 25–45, S. 36f.

[167] Werner CONZE, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 199 ff.; RICHTER (wie Anm. 7), S. 33.

[168] 19. (25.) nichtöffentliche Sitzung, 18. 12. 1947 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 523 ff.).

[169] WETTIG (wie Anm. 7), S. 141 ff.

sche Vorhut der Arbeiterklasse zu sein, der aufgrund historischer Gesetzmäßigkeiten die Macht im Staat zustünde und definierte Demokratie als Weisungskompetenz der jeweils höheren Hierarchieebene.[170]

Unter der Überschrift *Lehrbeispiel der Demokratie* kommentierte die „Sächsische Zeitung" die Entwicklung in der benachbarten CSSR und zog eine Parallele zu Deutschland: *Der Untergang der Weimarer Republik und die Entwicklung, die sich immer deutlicher im Westen anbahnt, zeigen, wohin es führt, wenn man die Feinde der Demokratie ungestraft ihr Wesen treiben läßt und ihnen aus pseudodemokratischer Einstellung heraus die Macht in die Hände spielt*. Nicht zufällig berichtete sie in unmittelbarer Nachbarschaft des Artikels über die *Abwehr reaktionärer Bestrebungen. Zu den Vorgängen in der Leipziger Stadtverwaltung*. LDP und CDU hätten eine Erweiterung der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung um Vertreter des FDGB und anderer Organisationen verhindert. *Die Ablehnung eines Antrags auf Einbeziehung von Vertretern der demokratischen Organisationen in die Ausschußarbeit der Gemeindevertretung stellt eine Verletzung der Grundrechte der Bevölkerung dar, hemmt die demokratische Entwicklung und schädigt die Blockarbeit*. Daraufhin habe die SED eine Entschließung in den „Landesblock" eingebracht, die besage, *daß die Mitwirkung von Vertretern der demokratischen Organisationen in den Ausschüssen der Gemeindevertretungen und der Kreistage gemäß § 19 DGO und § 18 DKO im Interesse der demokratischen Entwicklung liegt und daher vom Standpunkt der Blockarbeit aus erwünscht ist*. Diese Entschließung war von den Vertretern aller Parteien angenommen worden. Ihren Bericht schloß die „Sächsische Zeitung" mit dem Wunsch, zukünftig werde so hoffentlich *reaktionären Bestrebungen* ein Riegel vorgeschoben.[171]

Eine unklare Passage der Gemeindeordnung zur Zusammensetzung der parlamentarischen Ausschüsse barg das Konfliktpotential, denn ihr zufolge konnten auf Vorschlag der „antifaschistischen Organisationen" Sachverständige und Vertreter beteiligter Berufsgruppen hinzugezogen werden.[172] In seinem Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Dresdner Stadtverordneten im Jahre 1947 führte Oberbürgermeister Weidauer aus, die seit einem Jahr geltende neue „Demokratische Gemeindeverfassung" habe durch die verstärkte ehrenamtliche Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger ein besseres Verhältnis zwischen Bevölkerung und Verwaltung bewirkt. Bezugnehmend auf die Blockarbeit rief er zur *Entlarvung von Demokratiefeinden* auf.[173]

---

[170] SCHROEDER (wie Anm. 7), S. 76.

[171] „Sächsische Zeitung", 28. 2. 1948 (StadtAD, Dezernat IV 117, Bl. 4).

[172] „Demokratische Gemeindeordnung für das Land Sachsen", in: Walter WEIDAUER, Neue Wege der Kommunalpolitik. Dresden 1948, S. 112.

[173] Außerordentliche öffentliche Sitzung, 11. 2. 1948 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 597 ff.).

CDU und LDP forderten Rechtsstaatlichkeit und kritisierten in dem Zusammenhang die Personalpolitik der SED.[174] Den Bestrebungen der SED, die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung zu ändern, erteilte der CDU-Fraktionschef Mager, die Leipziger Ereignisse im Blick, ein klare Absage: Auch wenn *echte Demokratie* die aktive politische Mitarbeit aller erfordere, dürfe *der durch freie und geheime Wahl zum Ausdruck gekommene Volkswille keine Korrektur durch Heranziehung der Organisationen erfahren*. In dem Zusammenhang plädierte er außerdem für ein unabhängiges Nachrichtenwesen, das die Bürger umfassend über das Zeitgeschehen unterrichte und die Lüge im politischen Kampf überwinde.[175] Solche Äußerungen in Gegenwart sowjetischer Offiziere ließen unmißverständlich das Ausmaß des Dissenses erkennen.

Er brach auf an der Frage der „gesellschaftlichen Organisationen" wie der Frauen- und Jugendausschüsse, dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) und der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) oder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Die Organisationen firmierten unter der Bezeichnung „überparteilich", als solche hatte sie die SMAD offiziell zugelassen, waren aber in der Realität kommunistisch geführte Schöpfungen der SED, fast immer befanden sich SED-Genossen in Spitzenpositionen. Durch die Kooptation von Vertretern dieser Organisationen in die parlamentarischen Ausschüsse wollte die SED seit Anfang des Jahres 1948 die unsicheren Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten verschieben. Die Organisationen hatten nach den Vorstellungen von CDU und LDP in den parlamentarischen Ausschüssen, den Arbeitsgremien der gewählten Stadtverordneten, nichts zu suchen; hier wurden wichtige Alltagsfragen und Verwaltungsentscheidungen behandelt, ehe das Parlament einen Beschluß darüber faßte.

Die SED begründete ihre entsprechenden Vorstöße mit dem Argument der *weiteren Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens*. Es ginge nicht nur um eine äußere demokratische Fassade, demokratische Inhalte seien *zum unanfechtbaren inneren Besitz aller Deutschen zu machen. Diese Demokratisierung des Geistes ist noch viel wichtiger als rein äußerliche Übernahme formaler Kriterien*. Dieses Argument führt zum Dreh- und Angelpunkt der kommunistischen Absichten. Nicht erst Anfang 1948 war deutlich geworden, daß bei einer weiteren Revitalisierung parlamentarischer Strukturen die SED ihren Führungsanspruch verlieren würde. Sie fürchtete den demokratischen Pluralismus nicht, weil er sich in ihren Vorstellungen immer mit dem Niedergang der Weimarer Republik und dem Erstarken des Nationalsozialismus verband. Diese Argumentation sollte lediglich ihren Führungsanspruch legitimieren. Sie fürchtete um ihre Macht, weil sie in parlamentarischen Abstimmungen ihre Mehrheit schwinden sah und behauptete,

[174] Ebd., Bl. 614 ff.
[175] Ebd. Bl. 616.

Demokratie erschöpfe sich nicht in Parlamentarismus. Zweifellos erfordere die Gesetzgebung sorgfältige Arbeit, aber ebenso müßten demokratische Kräfte aus dem Volk an ihrer Durchführung beteiligt werden und auf demokratische Weise die Verwaltung kontrollieren.[176]

Die SED beabsichtigte, öffentliche Meinungsbildungsprozesse in ihrem Sinn zu beeinflussen. Sie legte den Stadtverordneten Richtlinien für die Wahl von Hausvertrauensleuten vor. Diese sollten den Stadtbezirksleitern unterstehen und sie bei ihren administrativen Aufgaben „unterstützen". Das, so behauptete sie, stelle die Demokratie auf eine neue Stufe, sie werde lebendig und kritisch und bleibe nicht an der starren Form kleben. Gegen diese Mißachtung grundlegender demokratischer Prinzipien erhob die CDU heftig Einspruch. Denn mit der Überwachung der Verwaltung sei die Stadtverordnetenversammlung von der SMAD beauftragt worden. Sie lehne den Antrag ab, weil damit einzelnen Personen große Macht eingeräumt und der in freier und geheimer Wahl ausgedrückte Wählerwille durch die beliebige Einschaltung gesellschaftlicher Organisationen verfälscht werde.[177] Die Organisationen sollten die Aufgaben erfüllen, die in ihren überparteilichen Grundsätzen und Programmen fest umrissen seien. *Wenn wir an dieser Stelle noch einmal erklären, daß wir in dem uns als Stadtverordnete gesteckten Aufgabenbereich darüber wachen wollen, daß die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger, wie sie in der Verfassung festgelegt worden sind, in jeder Weise respektiert werden, so tun wir das aus der Überzeugung heraus, daß die Demokratie die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Persönlichkeit gegenüber jeder Autorität ebenso aber auch die Einordnung in sie und die Mitwirkung an ihr, wenn sie als echt und recht erkannt wird, fordert*.[178]

6. Die Auseinandersetzung im Stadtparlament und die „sowjetische Lösung"

Am 4. April 1948 verließ Wolfgang Mischnick die SBZ, weil er mit seiner bevorstehenden Verhaftung durch sowjetische Sicherheitskräfte rechnete. Er befand sich wegen seiner kritischen Haltung zur Politik der SED und speziell zur FDJ seit geraumer Zeit unter Beobachtung der sowjetischen Besatzungsmacht. Sowjetische Offiziere hatten im Herbst 1947 bereits seine Teilnahme am Landesparteitag der sächsischen LDP verhindern wollen. Doch die Parteiführung setzte sich für ihn ein und der Parteitag wählte Mischnick schließlich mit großer Mehrheit zu einem der stellvertretenden Landesvorsitzenden. Die SMA versagte der Wahl ihre Zustimmung, erteilte ihm Rede- und Schreibverbot und zwang den Landesverband, ihn als Jugendreferenten und Leiter des Blockausschusses der LDP zu entlassen. In den folgenden Wochen und Monaten wurde Mischnick wiederholt von sowjetischen Offizieren aufgefordert, ein „klares Bekenntnis zur

---

[176] 1. (26.) öffentliche Sitzung, 15. 1. 1948 (ebd., Bl. 550).
[177] Ebd., Bl. 551f.
[178] Außerordentliche öffentliche Sitzung, 11. 2. 1948 (ebd., Bl. 616).

Freien Deutschen Jugend“ abzulegen und seine „reaktionäre Haltung“ zu ändern. Für den Fall versprachen sie ihm, er könne ein Studium aufnehmen oder Leiter eines Landesjugendamtes werden. Anfang März 1948 verhörten ihn NKWD-Offiziere in Dresden erneut und gaben Mischnick unmißverständlich zu verstehen, daß dies seine letzte Chance für eine „vernünftige Zusammenarbeit“ sei. Nachdem er schließlich eine zusätzliche Warnung eines Parteifreundes erhalten hatte, dem etwas von einer seitens der SMA geplanten Aktion zu Ohren gekommen war, fuhr Mischnick im April nach Westberlin. Von dort konnte er wenig später mit amerikanischer Hilfe nach Frankfurt a.M. fliegen.[179]

Im Mai 1948 trat nach den bereits länger andauernden internen Auseinandersetzungen der Wirtschaftsdezernent und 2. Bürgermeister Friedrich Gruhler zurück. Anlaß war seine Weigerung, die Angestellten seines Amtes in eine von der SED anberaumte Festveranstaltung zum 8. Mai zu beordern: Er sei bereit, den Angestellten seines Dezernates einen Besuch der Veranstaltung zu empfehlen, er lehne es jedoch ab, sie dazu zu verpflichten. Das greife in Persönlichkeitsrechte ein und erinnere an die Methoden der Nationalsozialisten.[180] Seine Ablehnung so freimütig zu begründen war allerdings ein Affront, der jeder weiteren Zusammenarbeit den Boden entzog. Offenkundig der fortwährenden Attacken überdrüssig, zog Gruhler es vor, sein Mandat niederzulegen.[181]

Kurz nach der Flucht Mischnicks und Gruhlers Ausscheiden erzwang die sowjetische Stadtkommandantur den Rücktritt des CDU-Stadtrates Müller wegen angeblicher *antisowjetischer und antidemokratischer Äußerungen*. Er war von CDU-Mitgliedern des Personalamtes um Hilfe gebeten worden. Dort hatte die Stadträtin Charlotte Dietrich in einer Versammlung der Belegschaft denjenigen die fristlose Entlassung angedroht, die ihre Unterschrift für ein von der SED initiiertes „Volksbegehren für die Einheit Deutschlands“ im Mai verweigerten. Müller informierte darüber den CDU-Kreisverband Dresden, der sich seinerseits bei der sowjetischen Stadtkommandantur beschwerte. Diese beauftragte Oberbürgermeister Weidauer mit der Untersuchung des Falles. Aus Weidauers Bericht an die Kommandantur ging, wie nicht anders zu erwarten, die völlige Schuldlosigkeit Dietrichs hervor und Müller wurde nun aufgefordert, den Namen seines Informanten zu nennen, was er allerdings nicht tat.[182] In einer eiligst einberufenen Sitzung erklärte Weidauer, Stadtrat Müller unterstelle leitenden Angestellten der Stadtverwaltung, sie übten anläßlich der Einzeichnung zum Volksbegehren Druck auf Kollegen aus. Eine gründliche Untersuchung aber habe die Unwahrheit der Anschuldigung ergeben. Sie könne in keinem Punkte aufrecht erhalten werden.

---

[179] MISCHNICK (wie Anm.148), S. 286 ff.

[180] Protokoll der Ratssitzung 10. 5. 1948 (StadtAD, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Dresden, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.2, Bl. 2387.

[181] Protokoll der Ratssitzung 18. 5. 1948 (Ebd., Bl. 2407 ff.).

[182] Protokoll der Ratssitzung 8. 6. 1948 (Ebd., Bl. 2467 ff.).

Darum gehe der Kommandant von einer bewußten Störung des guten Verhältnisses zur Besatzungsmacht und der demokratischen Entwicklung aus. Er halte den weiteren Verbleib von Stadtrat Arthur Müller für untragbar.[183]

Ob die CDU mit ihrer Beschwerde beim Stadtkommandanten den Stein ins Rollen brachte oder ob dem eine Intrige Weidauers voranging, ist unerheblich. Der Konflikt mußte auf Weidauers Tisch landen, dessen Präferenzen standen fest und die des sowjetischen Stadtkommandanten ebenfalls. Die CDU mußte sich der Aufforderung, ihren Stadtrat zurückzuziehen, beugen.[184] Diese Vorgänge in der Dresdner Stadtverwaltung demonstrierten die Taktik des einheitlichen Vorgehens von sowjetischer Besatzungsmacht und deutschen Kommunisten gegenüber den Demokraten in der SBZ: Die betreffende Person wurde zermürbt, bis sie ihren Widerstand aufgab und freiwillig den Platz räumte, oder die Besatzungsmacht griff selbst ein und brach den Widerstand. Wer um seine persönliche Sicherheit fürchtete, floh in den Westen. „Freiwilliger" und erzwungener Rücktritt, Rede- und Arbeitsverbot sowie Drohungen waren die Methoden, Menschen aus ihren politischen Funktionen zu verdrängen.

In der folgenden Zeit eskalierten die Auseinandersetzungen über dem Ansinnen der SED, in die kommunalen Wohnungsausschüsse jeweils eine Frau des DFD zu kooptieren, was CDU und LDP geschlossen ablehnten.[185] Die Wohnungsausschüsse, Zeichen anhaltender Wohnungsnot, verfügten über große Kompetenzen bei der Verteilung und Zuweisung der knappen Wohn- und Gewerberäume. Verständlicherweise war hier das parteipolitische Gerangel heftig. Jede Seite argwöhnte von der anderen, die eigenen Anhänger zu bevorzugen. Dieser Ansicht waren auch die Einwohner Dresdens, von denen die einen gedachten, Besitzstände zu wahren, die anderen, ihre miserablen Lebensumstände zu verbessern, was mitunter zu heftigen Diskussionen führte. Um die Interessengegensätze in einer möglichst sachlichen Atmosphäre ausgleichen zu können, wollten CDU und LDP die Interessenvertreter der jeweiligen Gruppen aus den Gremien heraushalten. Dieser parlamentarischen Auseinandersetzung lag übrigens ein Sachverhalt zugrunde, der die tatsächlichen Hintergründe der SED-Politik schlaglichtartig ausleuchtet. Denn vor Jahr und Tag hatten die ursprünglich in die Wohnraumerfassung eingeschalteten Frauen-Ausschüsse eine verstärkte Entsendung von Frauen in die Wohnungsämter, nicht in die Wohnungsausschüsse, gefordert. Die Frauen-Ausschüsse waren im Verlauf ihrer damaligen Arbeit auf Mißstände in den Wohnungsämtern bei der Vergabe von Wohnraum gestoßen. Diese kritisierten sie erfolglos und verlangten darum, in den von der SED geführten Wohnungsämtern auch Frauen zu beschäftigen, die mit den Sorgen der

---

[183] Außerordentliche 13. (38.) öffentliche Sitzung, 30. 6. 1948 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 783).
[184] 14. (39.) öffentliche Sitzung, 15. 7. 1948 (ebd., Bl. 788 ff.).
[185] 15. (40.) öffentliche Sitzung, 22. 7. 1948 (ebd., Bl. 831 ff.).

Bevölkerung vertrauter seien und weniger bürokratisch entschieden. Die eigentlich an die Adresse der SED gerichtete Kritik wurde hier umfunktioniert.[186] Die Kommunisten griffen den Sachverhalt auf, verfälschten die Zielrichtung der Kritik und richteten sie gegen die „bürgerlichen" Parteien.

Nach der Sommerpause wiederholte die SED ihren Antrag, obwohl im Hauptwohnungsausschuß bereits drei DFD-Frauen vertreten waren, und rief offen zum Kampf gegen die „formale" Demokratie auf, mußte sich aber erneut der parlamentarischen Mehrheit beugen.[187] Im Anschluß versuchte sie, die CDU-Fraktion wegen ihres entlassenen Stadtrates Müller nochmals zu demütigen. Ihm sei nach Meinung der Besatzungsmacht das Wahlmandat abzuerkennen, ein Standpunkt, dem sich die SED anschließe. Müller hatte das Mandat inzwischen freiwillig niedergelegt, und so ging dieser Schlag ins Leere.[188]

Im Herbst 1948 stellten die Parteien noch einmal in aller Deutlichkeit ihre Standpunkte zur Demokratie klar. Danach waren die Fronten für die „Auseinandersetzung mit dem Imperialismus", die Frontlinien des Kalten Krieges, abgesteckt, und es konnte trotz eingeschränkter Informationsmöglichkeiten in der SBZ kein Zweifel mehr an den Absichten der Kommunisten bestehen. Sie errichteten im Windschatten der Besatzungsmacht unter Verwendung eines verharmlosend und demokratisch klingenden Vokabulars die kommunistische Diktatur.

Für die SED ergriff die Abgeordnete Dorothea Wettengel[189] das Wort. Die Ablehnung des Antrages auf Hinzuziehung eines DFD-Mitgliedes in die Wohnungsausschüsse sei unverständlich, so begründete sie die Meinung ihrer Partei, da die Mehrheit der im DFD organisierten Frauen keiner Partei angehörte. Wenn gesagt werde, die parteipolitisch gebundenen Frauen im DFD gehörten mehrheitlich der SED an, zeige sich in diesem Umstand *eine gewisse Inaktivität in den Fragen der Weiterentwicklung unseres demokratischen Lebens*. Die CDU lehne trotz eines positiven Beschlusses des Hauptausschusses ihrer Partei den DFD ab, desgleichen auch viele LDP-Mitglieder. Alle politischen Kräfte sollten so aktiv wie die SED-Frauen im DFD sein. Eine selbstständige Frauenorganisation, erklärte sie weiter, würde unnötig bei der realisierten Gleichstellung der Frau. Wie weit man davon entfernt sei, zeige die Ablehnung des Antrages. Die Ablehnung von Frauen in einer mehrheitlich aus Frauen bestehenden Gesellschaft stimme nicht mit den demokratischen Verhältnissen überein und müsse überwunden werden.[190]

---

[186] Vgl. Wochen-Informationsbericht 6.–12. 4. 1947 des Nachrichtenamtes, 14. 4. 1947 (StadtAD, Dezernat OB 1039, Bl. 21–24).

[187] 16. (41.) öffentliche Sitzung 21. 9. 1948, (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 871 ff.).

[188] Ebd., Bl. 883 ff.

[189] Dorothea Wettengel, 1892–1966, Hausfrau. Stadtverordnete 1924–1933 für die KPD bzw. seit 1929 für die SPD, 1933 Schutzhaft. 1946 SED und Stadtverordnete in Dresden.

[190] 17. (42.) öffentliche Sitzung, 7. 10. 1948 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 885 ff.).

Ohne die Massenorganisationen sei die Erneuerung der Gesellschaft nicht möglich, deswegen müßten die Massenorganisationen den Parteien gleichgestellt werden. Die Umgestaltung sei längst nicht abgeschlossen, die bisherige „Wahldemokratie" überholt, das Parlament nur ein Faktor der Neugestaltung und die Haltung der „bürgerlichen" Parteien gefährlich. Demokratie äußere sich nicht allein in einem Gang zur Wahlurne. Diese Form sei überholt und entspräche nicht *demokratischen Grundsätzen*. Demokratie bedeute die Mitarbeit der Bevölkerung, ihre Mitverantwortung und Mitentscheidung an allen *Maßnahmen, die im Interesse der Bevölkerung von den Vertretungen beschlossen werden*. Das bedeute aber auch eine Kontrolle der Vertretungen und ein Eingreifen, wenn nicht im *Interesse der Bevölkerung* gearbeitet werde. *In einer solchen Demokratie des Mitarbeitens und Mitverantwortens nimmt eine Gemeindevertretung eben nicht mehr d e n, sondern e i n e n Platz neben vielen anderen Faktoren ein*. Diese eindeutige Absage an die parlamentarische Demokratie gipfelte in einer Beschwörung des sogenannten *neuen Geistes*, der zur Anwendung kommen müsse. Begriffe die Gemeindevertretung endlich den Geist der Zeit, dann werde sie die Massenorganisationen in die verantwortliche Mitarbeit einbauen, ihre Sitzungen in den Betrieben abhalten, die Gemeindeordnung ständig der neuen Entwicklung anpassen und endlich die überholten parlamentarischen Anschauungen überwinden.[191]

Im Herbst 1948, dem Zeitpunkt der kommunistischen Offensive auf das städtische Parlament, waren die Vertreter des Parlamentarismus in der Stadtverordnetenversammlung bereits geschwächt; die von den Kommunisten angewandte „Salami-Taktik" zeigte Erfolge. Einige Kritiker der von der SED betriebenen Demontage der parlamentarischen Demokratie waren herausdifferenziert, von der Fraktion getrennt und danach ausgeschaltet worden. Die CDU nahm jetzt unwidersprochen die antiparlamentarischen Tiraden der SED-Abgeordneten hin. Das läßt ahnen, wie schwer sie von der erst kürzlich erfolgten gewaltsamen Ausschaltung ihres Stadtrates getroffen war. Auch die LDP zeigte sich gelähmt. In den Abstimmungen jedoch mußte die SED zwei Niederlagen hinnehmen. Ihren Antrag auf Kooptation von VVN-Mitgliedern in die Ausschüsse lehnten die Stadtverordneten ab – wie schon zuvor denjenigen hinsichtlich der DFD-Frauen.[192]

Die VVN protestierte scharf, weil ihre Mitglieder in die Ausschüsse nicht zugelassen wurden. Sie berief sich auf die sächsische Verfassung, das Eingabenrecht und demokratische Grundrechte. Doch weit schwerer wog ihre Anschuldigung, dies sei das Werk *neofaschistischer Elemente*. Nur ein *Reaktionär*, so der VVN-Vertreter, empfinde die verfassungsmäßige Erweiterung demokratischer Bürgerrechte als eine Bedrohung der Demokratie. Die VVN forderte die Rücknahme der Entscheidung. Unterschrieben hatten diese Erklärung, die von der SED vorgetragen wurde, alle in der VVN vertretenen Organisationen und Parteien, auch CDU und LDP.[193]

---

[191] Ebd., Bl. 897f. (Hervorhebung im Original).
[192] 16. (41.) öffentliche Sitzung, 21. 9. 1948, (ebd., Bl. 874).
[193] 18. (43.) öffentliche Sitzung, 28. 10. 1948 (ebd., Bl. 909 ff.).

Die SED verlangte, die VVN-Vertreter zur Begründung ihres Antrags direkt zur Versammlung zulassen. Das bedeutete einen offenen Bruch mit vorgeschriebenen parlamentarischen Verfahrensweisen, denn Anträge werden von den Fraktionen in das Parlament eingebracht und begründet. Ein Abweichen von dieser Regel stellte grundsätzlich die Autorität des Stadtparlaments in Frage. Aber nach der vorangegangenen schweren Beschuldigung erschien die konsequente Abwehr dieses Störmanövers der kommunistischen Fraktion nicht leicht möglich, wollte man nicht weitere Vorwürfe riskieren. Die Haltlosigkeit solcher Vorwürfe, das wußte jeder Abgeordnete spätestens seit der Verhaftung von Arno Wend im Sommer, interessierte die sowjetischen Sicherheitsorgane nicht.[194]

Die LDP verlangte vor der Abstimmung eine Unterbrechung der Sitzung, um in ihrer Fraktion zu beraten. Eine solche Sitzungsunterbrechung war nicht ungewöhnlich und wurde in der Regel beantragt, wenn eine entstandene brisante Situation entschärft oder die notwendige Argumentation konkretisiert werden sollte. Nach der Pause ließ der Stadtverordnetenvorsteher erneut über den Antrag abstimmen, der jetzt mit knapper Mehrheit angenommen wurde. Erst danach betraten einige Abgeordnete den Saal, die der Abstimmung ferngeblieben waren, was von der überraschten Versammlung mit einiger Unruhe aufgenommen wurde. So begann der Sekretär des VVN-Kreisverbandes eine vorbereitete Rede, in der er sich im Namen aller Dresdener Verbandsmitglieder empörte, daß selbst die VVN-Mitglieder der CDU-Fraktion gegen den Antrag gestimmt hatten.[195]

Die CDU versuchte in der anschließenden Diskussion, dem Konflikt die Schärfe zu nehmen, und beantragte, die Parteien sollten in den Hauptwohnungsausschuß jeweils einen „Verfolgten" entsenden. Die LDP sprach sich jetzt für den VVN-Antrag aus und äußerte allein juristische Bedenken. Für die SED betonte nochmals deren Fraktionsführer die Grundsätze „demokratischer" Politik, wie sie diese verstand. Demokratie habe sich an der Realität zu orientieren und weiterzuentwickeln. Die Gemeindevertretung müsse sich der politischen Wirklichkeit unterordnen: Die Frage der VVN-Vertretung sei momentan die *Frage der Weiterentwicklung*. Zu diesem Zirkelschluß schwiegen alle. Bei der Abstimmung über die Kooptation der VVN-Vertreter in den Hauptwohnungsausschuß stimmten nur noch die 13 CDU-Abgeordneten dagegen.[196]

Während der für den 11. November 1948 anberaumten Festsitzung zu der Eröffnung des neuen Sitzungssaales im Haus der Stadtverordneten sprach Oberbürgermeister Weidauer abfällig über *parlamentarisches Getriebe*, das eine *konstruktive Aufbauarbeit* behindere. In Verdrehung der Tatsachen behauptete er, die *demokratische Ordnung* werde torpediert: *Es wäre unverantwortlich, wenn wir uns gestatten würden, die neue demokratische Ordnung stören zu lassen, wenn wir*

---

[194] BOUVIER/SCHULZ (wie Anm. 40), S. 244f.

[195] 18. (43.) öffentliche Sitzung, 28. 10. 1948 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 912).

[196] Ebd., Bl. 914 ff.

gestatten würden, daß eine falsch verstandene Selbständigkeit und die großen Rechte, die wir den Gemeinden in unseren Gesetzen einräumten, benutzt werden, um damit die demokratische Entwicklung zu hindern. Die Gefahr *schädlicher* Auffassungen über *formale* Demokratie sei groß. Es werde sicher allen Parteien gemeinsam gelingen, *kurzsichtige* und *disziplinlose* Gemeindevertreter zur Ordnung zu rufen.[197]

Die Begriffe „reale" und „formale" Demokratie sollten den politischen Gegensatz zu LDP und CDU verschleiern. „Formale Demokratie" bezog sich in dem Zusammenhang auf die diskreditierte Demokratie der Weimarer Republik und deren Anhänger. Mit „realer Demokratie" oder „Volksdemokratie" bezeichneten die Kommunisten ihr Gesellschaftsmodell. Doch die „reale Demokratie" stalinistischer Prägung war eine leere Worthülse, eine euphemistische Umschreibung, ein lediglich kaschierendes Synonym für die „Diktatur des Proletariats". Weidauer setzte die Parteilinie der *Dresdner Beschlüsse des Kommunalpolitischen Beirats der SED* um, die dieser Beirat Anfang 1947 auf einer Tagung in Dresden verabschiedet hatte, um den Weg in die Diktatur zu öffnen: *Die Vorschläge zur weiteren Demokratisierung der Verwaltung weisen den Weg zur Entwicklung einer umfassenden Kontrolle des gesamten Lebens durch das Volk*.[198] Weidauer meinte mit *Behinderung der demokratischen Entwicklung* die *bürgerlich-demokratischen Prinzipien*, die sich seinen Worten zufolge auf die Abgabe des Stimmzettels bei der Wahl beschränkten. Die *reale Demokratie* hingegen unterscheide sich von der bloß *formalen Demokratie* durch die unmittelbare Einschaltung der Bevölkerung in Verwaltung und Wirtschaft und stelle deshalb die Vorstufe zur *sozialistischen Demokratie* dar. Das entscheidende Kriterium einer *realen Demokratie* sei der Grad der ehrenamtlichen Mitarbeit der Bevölkerung bei Beschlußfassung, Kontrolle und Ausführung der Beschlüsse.[199] In einer so verstandenen *Vollendung der Demokratisierung* erblickte er die *günstigsten Voraussetzungen für die Fortentwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung*.[200]

Die sächsischen Parteiführungen von CDU und LDP unterstützten in dieser Situation ihre Abgeordneten nicht. Der Vorsitzende des sächsischen CDU-Landesverbandes Hickmann sprach als Gastredner über parlamentarische Demokratie und den rechten Stil parlamentarischer Arbeit in der „neuen Demokratie" und räumte ein, es gebe dabei noch viel zu lernen. Man müsse nach Fortschritt und neuen Wegen suchen. Der zweite Gast, Minister Dieckmann, Mitglied des sächsischen LDP-Landesvorstandes, betonte die Bedeutung der demokratischen Selbstverwaltung. Versage diese, bestünde Gefahr für das Ganze.[201] Die vorsichtige

---

[197] Festsitzung, 11. 11. 1948 (ebd., Bl. 949 ff.).

[198] Die Dresdner Beschlüsse des Kommunalpolitischen Beirats der SED, in: Richtlinien der SED für die Kommunalpolitik in Deutschland, mit einer Einführung von Max Fechner, Berlin 1948, S. 32–39, S. 36.

[199] WEIDAUER (wie Anm. 172), S. 60 ff.

[200] Ebd., S. 43.

[201] Festsitzung, 11. 11. 1948 (ebd., Bl. 949 ff.).

Wortwahl der Landesvertreter von CDU und LDP konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier Rückzugsgefechte geführt und die „bürgerlichen" Stadtverordneten von ihren Parteispitzen im Stich gelassen wurden.

Die nächste reguläre Sitzung der Stadtverordneten am 25. November 1948 eröffnete der Stadtverordnetenvorsteher Dölitzsch mit einer Absage an den überholten Parlamentarismus der Weimarer Zeit. Er sei überzeugt, es werde in kurzer Zeit keine Auseinandersetzung mehr darüber geben, ob ein Mitglied einer Massenorganisation in einer der Sitzungen der Ausschüsse des Stadtverordnetenkollegiums den Vorsitz führen oder als Ausschussberichterstatter im Plenum das Wort ergreifen oder ob ein einfaches Mitglied einer dieser Organisationen im Stadtverordnetensaal sprechen könne oder nicht. Die Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft werde weitergeführt wie der Kampf um die deutsche Einheit und den Frieden zur Durchsetzung der *höheren* Gesellschaftsordnung.[202]

Im Folgenden verlas Dölitzsch sinngemäß, wie er hinzusetzte, eine – später verharmlosend *geharnischtes Protestschreiben* genannte[203] – Erklärung des sowjetischen Stadtkommandanten, in welcher dieser das *antidemokratische* Auftreten einiger Stadtverordneter *unerhört* nannte. Jene *reaktionären* Stadtverordneten hätten das Vertrauen der Bevölkerung verloren, weil sie sich gegen den Fortschritt und die Interessen der Öffentlichkeit richteten. Der Kommandant erinnere die Stadtverordneten an den jetzt im Westen *militaristische Propaganda* betreibenden Mischnick. Die Ablehnung der Bitte der VVN verletze das Kontrollratsgesetz und die demokratische Gemeindeverfassung. Der Widerstand gegen die Hinzuziehung der VVN-Vertreter habe mehr als einen Monat gedauert und erst von *fortschrittlichen Elementen* gebrochen werden können. Der Kommandant könne sich das nur mit dem Fortwirken des Nationalsozialismus erklären, er nenne in dem Zusammenhang ausdrücklich die beiden Abgeordneten Mager und Schwärig.[204] Er habe gesagt, um den Wünschen der Bevölkerung und ihrer Unzufriedenheit entgegenzukommen, mache er den Stadtverordnetenvorsteher auf das *unerhörte* Benehmen der Mitglieder des Vorstandes und das der anderen *reaktionären* Stadtverordneten aufmerksam. Sie hätten die Gemeindeordnung verletzt. Er verlange eine Überprüfung der Abgeordneten Schwärig, Voß,[205] Mager und Schmidt. Der Kommandant könne nicht zusehen, wie *antidemokratische Elemente* die Demokratisierung des öffentlichen Lebens bremsten und die Einschaltung *antifaschistisch-demokratischer* Organisationen verhinderten. Dagegen müsse die *fortschrittliche* Mehrheit aller Fraktionen einschreiten, sich von jenen *Elementen* befreien und die Konsequenzen ziehen. Darüber erwarte er einen Bericht in acht Tagen.[206]

---

[202] 19. (44.) öffentliche Sitzung, 25. 11. 1948 (ebd., Bl. 959).

[203] Schreiben von Otto Schön an Walter Weidauer, 6. 10. 1967 (SächsHStA Dresden, SED-BPA Dresden V/2.052-62, nicht paginiert).

[204] Arthur Schwärig, geb. 1885, Oberstudiendirektor, LDP, 1946–1948 Stadtverordneter.

[205] Georg Voß, geb. 1878, Kaufmann, LDP, 1946–1948 Stadtverordneter.

[206] 19. (44.) öffentliche Sitzung, 25. 11. 1948 (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung, Provenienz Abt. Sozialismus 311.01.1/1, Bl. 960).

Dieser außerordentliche Vorgang war begleitet von außerordentlichen Umständen. In perfekter Inszenierung wurden sofort nach Beginn der Stadtverordnetensitzung am 25. November 1948 der Stadtverordnetenvorstand und die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien zusammen mit dem Oberbürgermeister zum sowjetischen Stadtkommandanten, Gardeoberst Bortnikow, befohlen. Die Stadtverordnetensitzung mußte unterbrochen werden, und die Parlamentarier begaben sich zur Kommandantur. Dort aber trat ihnen nicht der Stadtkommandant entgegen, sondern der zuständige Verbindungsoffizier Kapitän Waks verlas im Auftrag des Kommandanten die obige Erklärung. Es ist nicht bekannt, ob der sowjetische Offizier das in russischer Sprache verfaßte Schriftstück direkt ins Deutsche übertrug oder ob, wie bei offiziellen Anlässen üblich, ein anwesender Dolmetscher das verlesene Schreiben übersetzte. Jedenfalls existierte keine autorisierte Übersetzung und die Erklärung des sowjetischen Stadtkommandanten wurde den Stadtverordneten demzufolge „sinngemäß" vorgetragen.[207]

Nach dieser Demonstration der Macht konnten die anstehenden Abstimmungen mühelos im Sinn der SED durchgebracht werden. Während die CDU gänzlich auf eine Erwiderung verzichtete und sich zustimmend hinter die Erklärung des Stadtverordnetenvorstehers stellte, bekannte sich die LDP ausdrücklich zu den *neuen demokratischen Methoden*. Die Versammlung war wirkungsvoll diszipliniert. Offensichtlich war ihr der *neue Geist* bewußt geworden. Auf ihrer nächsten Zusammenkunft verabschiedeten alle Fraktionen eine gemeinsame Erklärung zu den Ausführungen des sowjetischen Kommandanten über die kommunalen Belange. Die Blockpolitik sei die unerlässliche Voraussetzung für Demokratisierung und Einheit Deutschlands. Hemmende Kräfte hätten die gute Zusammenarbeit gestört und dadurch antidemokratische, reaktionäre Kräfte in der Bevölkerung gestärkt. Folgende Maßnahmen habe man beschlossen: Die Abgeordneten Schwärig und Schmidt legten „freiwillig" ihre Mandate nieder, Reimer Mager trete vom Fraktionsvorsitz zurück und der Abgeordnete Voß scheide aus dem Stadtverordnetenvorstand aus.[208]

Die genannten Personen waren nicht in der Versammlung erschienen. Auch Arno Wend wurde das Mandat aberkannt. Er war, wie der Stadtverordnetenvorsteher erst jetzt offiziell bekannt gab, bereits seit Juli inhaftiert. Im Rahmen der in ihrem Sinn wiederhergestellten Machtverhältnisse konnte es sich die SED nun leisten, parlamentarische Gepflogenheiten zu wahren und darüber abstimmen zu lassen. Die Fraktionen rückten einhellig von den Gemaßregelten ab. Damit diese Lektion in Sachen „neuer Demokratie" nicht so rasch vergessen würde, gab der Stadtverordnetenvorsteher den Abgeordneten noch eine Abstimmungsanweisung für die Zukunft mit: *Fünf Sitzungen waren nötig gewesen, um endlich die Aufnahme eines Vertreters des DFD und der VVN in den Wohnungsausschuß*

---

[207] Ebd., Bl. 959.
[208] 20. (45.) öffentliche Sitzung, 9. 12. 1948 (ebd., Bl. 987 ff.).

durchzusetzen. Künftig sollte es den Stadtverordneten auch ohne das Eingreifen des sowjetischen Stadtkommandanten gelingen, mit den *Kräften der Reaktion fertig zu werden*.[209]

7. Ergebnisse

Die grundlegenden Weichenstellungen der Diktaturdurchsetzung nach sowjetischem Modell erfolgten in den Jahren 1946/47. Es waren die Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht, die den Handlungsspielraum absteckten. Nach seiner Ernennung zum Oberbürgermeister im Herbst 1946 brachte Walter Weidauer dies auf den Punkt, als er laut Stenogrammübertragung in der Stadtverordnetenversammlung erklärte: *Das sind nun einmal die Menschen, die ins Land gekommen sind und die die Militärgewalt ausüben, und die die Dinge nach anderen Maßstäben messen und nach anderen Gesichtspunkten beurteilen als wir. Ob zu Recht oder zu Unrecht, das ist nicht unsere Aufgabe zu untersuchen. Sie sind nun einmal da, und wir müssen uns, wenn wir demokratisch leben wollen, dieser Ordnung fügen*.[210] Das Protokoll wurde für den Druck überarbeitet und die entscheidende Formulierung in dieser Passage unterschlagen: *Die Besatzungsmacht übt die Militärgewalt aus und mißt die Dinge nach anderen Maßstäben und urteilt nach anderen Gesichtspunkten als wir. Ob zu Recht oder zu Unrecht, das ist nicht unsere Aufgabe zu untersuchen. Sie sind nun einmal da und wir müssen uns dieser Ordnung fügen*.[211] Weidauer stellte frühzeitig klar: *Unser Ziel ist nach wie vor, gemeinsam mit den beiden bürgerlichen Parteien ein Stück Wegs der Durchführung von demokratischen Maßnahmen zu gehen. So wie bisher wird auch in Zukunft Grundsatz bleiben, daß selbstverständlich wir dabei die Führung haben*.[212]

Der Beteiligung der „bürgerlichen" Parteien an der Macht waren enge Grenzen gesetzt und sie war nur so lange möglich, als dies die sowjetischen und die deutschen Kommunisten zuließen. Diese doppelte Beschränkung demokratischer Entfaltung charakterisierte nicht nur die Entwicklung in Dresden, sondern in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone. Die SED konnte nicht verhindern, daß Wahlen und Abstimmungen zu politischen Protesten wurden. Zwar erfuhr ihre Politik beim Volksentscheid zur „Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher" am 30. Juni 1946 in Dresden mit 80,9 Prozent Ja-Stimmen eine über dem Landesdurchschnitt (77,6 Prozent) liegende Zustimmung. Doch dies war wohl mehr das

---

[209] 1. (46.) öffentliche Sitzung, 20. 1. 1949 (ebd., Bl. 1009).

[210] Protokoll der Stadtverordnetensitzung 21. 11. 1946, Stenogrammübertragung (Stadt AD, Dezernat WA 82, nicht paginiert).

[211] 4. öffentliche Sitzung 21. 11. 1946, gedruckte Fassung (StadtAD, Protokolle der Stadtverordnetenversammlung 1946/47, S. 34).

[212] Referat Weidauers über die Gemeindeordnung, o. D. (StadtAD, Dezernat OB 123, Bl. 32).

Resultat einer suggestiven Propaganda,[213] denn bereits bei der Gemeindewahl am 1. September 1946 erhielt die SED in Dresden nur noch 48,4 Prozent der Wählerstimmen und bei der kurz darauf stattfindenden Landtagswahl 47,7 Prozent. In beiden Fällen mußte sie ein unter dem Landesdurchschnitt von 53,7 Prozent bzw. 49,1 Prozent liegendes Wahlergebnis hinnehmen. Im sächsischen Landtag konnte die SED ebenso wie in den Kommunen und Landkreisen trotzdem mit einer relativen Mehrheit regieren, benötigte jedoch für die absolute Mehrheit weitere Stimmen. Zum Mehrheitsbeschaffer der SED im sächsischen Landtag und in den Kreistagen wurde die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB). Im Landtag war die VdgB mit zwei, darüber hinaus auch der Kulturbund mit einer Stimme vertreten, das genügte der SED im Zusammenhang mit ihren eigenen 59 Mandaten gegenüber den 28 bzw. 30 Sitzen von CDU und LDP.[214]

In der Stadt Dresden fehlten diese Mehrheitsbeschaffer. Das nötigte die SED zur offensiven Abkehr von parlamentarischen Prinzipien, um die Unterordnung von CDU und LDP zu erzwingen. Sie versuchte, über Stimmenmehrheiten in den Ausschüssen parlamentarische Entscheidungen in ihrem Sinne zu präjudizieren. Deshalb wollte sie einzelne Vertreter der von ihr kontrollierten Organisationen in die parlamentarischen Ausschüsse kooptieren. Das gelang erst nach harten Auseinandersetzungen. Verschiedene Vertreter der „bürgerlichen" Parteien wehrten sich gegen die beabsichtigte Aufweichung der parlamentarischen Demokratie. Ihr Widerstand konnte nur mit starkem Druck überwunden werden, der sie wenn nicht um Leib und Leben, so doch um ihre persönliche Sicherheit und politische Freiheit fürchten ließ. Die offenen Drohungen des Dresdner Stadtkommandanten unterstreichen dies nachdrücklich.

Nur eine Minderheit der Abgeordneten der SED vertrat die Meinung, demokratisch verfaßte Gesellschaften bedürften formaler Festlegungen und Rahmenbedingungen wie allgemeine und freie Wahlen, Koalitionsrecht und Mehrheitsprinzip. Ihre Demokratievorstellungen entsprachen dem Begriff der „Volksdemokratie" in den von der Roten Armee eroberten ost- und südosteuropäischen Staaten. Dieses Modell der sozialistischen Transformation lag auch der Umgestaltung in der SBZ zugrunde, ohne das es zunächst so bezeichnet wurde.[215] Es waren die deutschlandpolitischen Interessen der Sowjetunion, die zu einer anderen Namensgebung führten, zur Propagierung des Begriffs der „realen Demokratie". Das Ziel der KPD/SED bestand darin, alle politischen Kräfte unter ihrer Führung zu vereinigen. Sie war niemals gewillt gewesen, die gleichberechtigte Konkurrenz anderer Parteien anzuerkennen. Der Hegemonieanspruch resultierte aus der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und dem Selbstverständnis der Kommunisten als Avantgarde der Arbeiterklasse, die eine „historische Mission" zu erfüllen habe. Die Blockpolitik sollte dabei der internationalen

---

[213] Vgl. HALDER (wie Anm. 7), S. 600 ff.
[214] Vgl. BRAUN (wie Anm. 12), S. 381–432.
[215] WETTIG (wie Anm. 7), S. 297f. und S. 310f.

Konstellation sowie der sozialen Differenzierung der deutschen Gesellschaft Rechnung tragen und dazu dienen, den anderen Strömungen ihren politischen Willen aufzuzwingen.

Gewalt und Willkür kennzeichneten die erste Etappe der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung", in der DDR-Historiographie auch als eine „anti-imperialistische, antifaschistisch-demokratische Revolution" bezeichnet.[216] Doch eine Revolution war es nicht und die Umwälzung war das Resultat einer Entwicklung, in der die deutschen Kommunisten mit Unterstützung sowjetischer Besatzungsoffiziere die Machtpositionen okkupierten. In der parlamentarischen Realität des Jahres 1948 erwies sich die SED in der Dresdner Stadtverordnetenversammlung als zu schwach, um die Auseinandersetzung mit den demokratischen Kräften für sich zu entscheiden. Erst der direkte sowjetische Eingriff bewirkte die Entscheidung. In freien Abstimmungen unterlagen die Kommunisten, wie gezeigt werden konnte, ihren demokratischen Widersachern. Um an die Macht zu gelangen und um an der Macht zu bleiben, mußte die SED zu den Repressionsmaßnahmen der Diktatur greifen und ihre Zuflucht bei der sowjetischen Besatzungsmacht suchen.

---

[216] DOERNBERG (wie Anm. 10), S. 452 ff.